

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 6.00 Mk. monatlich 1.80 Mk. wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustriertem Sonntagsheft „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1.30 Mk. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zentralverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Lungarn 2.00 Mk., für das übrige Ausland 2.50 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Original litho.

Der Anzeigenpreis
 Betrag f. die siebenstellige Anzeigenzelle 60 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zählige 2 festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 10 Pf.). Stellenanzeigen und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Leerenzeilen 20 Pf. Politische und gewerkschaftliche Anzeigen die siebenstellige Anzeigenzelle 40 Pf. Familienanzeigen 20 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition abgegeben werden. Bestellt v. 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 19. Juli 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Vor der Kanzlerrede.

Kein Zurück!

Heute spricht der neue Reichskanzler. Ein Mann, den keine Last der Vergangenheit drückt, den die Welt weder liebt noch haßt. Sein Vorgänger galt dem Ausland als der Verantwortliche dieser Weltgrenze, als der Mann, der von dem belgischen Neutralitätsvertrag wegwerfend als von einem Blatt Papier sprach. Zu jener Zeit saß Herr Michaelis, ein unbekannter Beamter, fern den großen Weltereignissen über seinen Akten. Ob er es will oder nicht: das Deutschland des sechsten Reichskanzlers trägt für die Welt ein friedlicheres Gesicht als das Deutschland des fünften.

Die kriegerisch gesinnte Presse des Auslands, die nicht weniger munter ist als die unsere, greift jedes Wort begierig auf, aus dem hervorzugehen scheint, Herr Michaelis wäre der Mann der Alldeutschen und Annexionisten. Sollte sich heute herausstellen, daß er das nicht ist, so wäre das für sie eine große Enttäuschung. Wäre er es aber doch, so würde die Freude bei „Daily Mail“ und „Matin“ groß sein.

Inzwischen vollführt die Annexionistenpresse ihren letzten Sturm auf gegen das Friedensprogramm des Reichstags. Sie verfügt dabei über eine große Nummer, den Herrn v. Tirpitz, der nicht nur Wasserfall, wie wir schon gestern mitteilten, sondern auch Spahn an telegraphierte, er möchte um alles in der Welt die Annahme der Resolution verhindern.

Herr v. Tirpitz galt bisher auch bei seinen Gegnern als ein kluger Politiker. Aber diesen Ruf hat er sich durch sein neuestes Rundtelegramm völlig verschertzt.

Man kann das Friedensprogramm des Reichstags für einen falschen tatsächlichen Schritt halten. Aber man muß als denkender Politiker einsehen, daß jeder Versuch, diesen Schritt wieder rückgängig zu machen, den vermeintlichen Schaden niemals wieder gutmachen, sondern ihn nur unendlich vergrößern kann.

Das Friedensprogramm ist veröffentlicht. Es ist bekannt, daß eine gewaltige Reichstagsmehrheit, bis in die Rechte hinein, ihrer wirklichen Gesinnung nach auf dem Boden dieses Programms steht. Es ist weiter bekannt, daß in den großen Fraktionen Abstimmungen stattgefunden haben, durch die dem Programm eine starke Mehrheit gesichert ist. Das Ausland kennt also schon die wahre Meinung des Deutschen Reichstags, die zugleich die Meinung des deutschen Volkes ist. Welchen Erfolg könnte es noch haben, wenn es gelänge, die Annahme des Programms zu hintertreiben? Höchstens doch den, daß das Ausland sagen würde, der Reichstag sei zwar so unvorsichtig gewesen, seine wirkliche Meinung zu verraten, er sei aber zu feige, sich zu ihr zu bekennen.

Eine weitere Folge wäre eine Steigerung der schon vorhandenen Verwirrung bis zum Chaos. Das Vertrauen in die politische Führung des Reichstags, das sich in den letzten Wochen einzuwurzeln begann, würde mit einem Schlage wieder vernichtet werden. Und der Reichswagen, der endlich eine fahrbare Straße gewonnen hat, würde wieder in den alten Laumellens verfallen, der zwischen Friedensangeboten und Vernichtungsdrohungen halbtags hin- und herschwankt.

Der Versuch, eine andere Politik zu treiben, als die des reinen Verteidigungskrieges, hätte nie gemacht werden dürfen. Er hat dem Reich nichts als Unheil gebracht. Jetzt, nachdem er elend zusammengebrochen ist, ihn noch einmal aufzunehmen, ist ein Annehmen, das nur von verirrten Fanatikern gestellt werden kann. Die wollen unter allen Umständen recht behalten, möchte darüber auch alles, aber auch alles in Scherben gehen.

Wir haben in diesen Tagen der Krise der Welt unser wahres Gesicht gezeigt, und das ist nicht das Gesicht des kriegerischen Raubvolkes, das wir in der feindlichen Presse so oft abgemalt gefunden haben. Jetzt müssen wir uns zu diesem wahren Gesicht bekennen, da hilft gar nichts mehr! Offenheit, Ehrlichkeit, klares Bekenntnis zu dem, was wir wirklich wollen, damit kann der Reichstag der Welt noch imponieren. Durch feiges Ausweichen vor der erkannten Wahrheit, könnte er nur sich und das Volk, das er vertritt, dem Hohn der ganzen Welt ausliefern. Jetzt gibt es kein Zurück mehr, jetzt heißt es: Durch!

Das Friedensprogramm des Reichstags.

Eine Sprengpatrone der „Kreuzzeitung“.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt über die Mehrheitsbildung im Reichstag das folgende:

Wir haben nun schon darauf hingewiesen, daß diese Mehrheit in Wahrheit nur äußerlich, nur formell vorhanden ist. Denn wie wir aus der Veröffentlichung der Zentrumsparlamentskorrespondenz wissen, die der „Germania“ zufolge auf Beschluß der Vollziehung der Fraktion von einem Ausschuss von drei Mitgliedern verfaßt ist, hat das Zentrum der Kriegszieleklärung nur zugestimmt, damit die Sozialdemokratie nicht die Bewilligung der Kriegskredite von einem Programm abhängig mache, das den Scheidemannfrieden bedeute. Der „Vorwärts“ aber spricht heute von der Mehrheit, die den Scheidemannfrieden zu ihrem Programm gemacht habe. Da sieht man doch deutlich genug, daß Sozialdemokratie und Zentrum mit verschiedenen Tungen reden. Es wird deshalb nötig sein, daß das Zentrum in der morgigen Reichstagsführung keinen Zweifel darüber läßt, daß es seinerseits in der gemeinsamen Erklärung nicht das Programm des Scheidemannfriedens erblickt.

Zum guten Zweck hat sich die „Kreuzzeitung“ eine kleine Fälschung erlaubt. Der „Vorwärts“ hat nie aus eigenem eine bestimmte Art von Frieden als Scheidemannfrieden bezeichnet. Er hat auch gestern diesen Ausdruck zwischen Gänsefüßchen gesetzt und hinzugefügt: „und wie die Ekelnamen noch alle heißen“. Es kommt dem „Vorwärts“ nicht darauf an, das Friedensprogramm des Reichstages irgendwie persönlich oder parteipolitisch abzustempeln. Denn das wäre erstens falsch und zweitens dumm.

Mit dieser Feststellung ist die Sprengpatrone der „Kreuzzeitung“ entladen. Es war wieder einmal nichts!

Deutschland und Norwegen.

Kopenhagen, 18. Juli. „Nationaltidende“ meldet aus Kristiania: Ministerpräsident Knudsen teilte im Storting mit, daß Norwegen von Deutschland die Versicherung erhalten habe, daß der norwegischen Schifffahrt nach Amerika keine Hindernisse in den Weg gelegt werden würden.

Die vorläufige Ausschaltung der ukrainischen Schwierigkeiten.

Die Ursache des Ministerrücktritts.

Petersburg, 17. Juli. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am 16. Juli hat die vorläufige Regierung folgende Erklärung über die ukrainische Frage veröffentlicht:

Die vorläufige Regierung hat nach Kenntnisnahme der Mitteilungen der Minister Accenski, Tereschchenko und Terecheli über die ukrainische Frage folgende Entscheidung angenommen: Als höheres Organ der Verwaltung der ukrainischen Angelegenheiten wird ein besonderer Generalsekretariat eingerichtet werden, dessen Beamte von der Regierung im Einvernehmen mit dem Zentralrat der Ukraine ernannt und auf getrennten Grundlagen durch Vertreter der anderen Nationalitäten, die in der Ukraine wohnen und durch ihre demokratischen Organisationen vertreten werden, ergänzt werden. Das genannte Organ wird die Obliegenheit haben, die Maßnahmen auszuführen, die sich auf Leben und Verwaltung des Landes beziehen. Da die Frage der Organisation der nationalen Politik der Ukraine und die Art der Lösung der Agrarfrage in diesem Gebiet in den Grenzen des allgemeinen Grundgesetzes der Übertragung des Landes an die Arbeiter durch die Verfassungsgebende Versammlung gelöst werden soll, wird die vorläufige Regierung eine freundliche Haltung gegenüber der Ausarbeitung eines vollständigen Planes für die Art der Regelung der nationalen Politik der Ukraine durch den Zentralrat der Ukraine einnehmen. Dieser Plan soll so aufgestellt werden, wie der Rat selbst glaubt, daß er den Interessen des Landes entspricht. Ebenso soll ein Plan für die Lösung der Agrarfrage in der Ukraine ausgearbeitet werden. Diese Pläne sind dazu bestimmt, der Verfassungsgebenden Versammlung vorgelegt zu werden.

Da die vorläufige Regierung es für unerlässlich hält, während des Krieges die Kampfkraft der Armee geschlossen aufrecht zu erhalten, hält sie Maßregeln für unzulässig, die dieser Geschlossenheit Abbruch tun könnten, so z. B. derzeitige Abänderungen der Mobilisierungspläne mittels der sofortigen Annahme des Heeresergänzungssystems nach Territorien oder die Übertragung von Befehlswerten an diese oder jene soziale Organisation. Gleichzeitig hält es die Regierung für möglich, auch weiter auf eine engere nationale Vereinigung der Ukrainer in der Armee und auf die Ergänzung von Truppenteilen ausschließlich durch Ukrainer hinzuwirken, soweit eine derartige Maßnahme gemäß der Entscheidung des Kriegeministers sich vom technischen Standpunkt aus als möglich und nicht als eine Schwächung der Kampfkraft der Armee erweisen wird. Um im gegenwärtigen Augenblick dieses Ziel in einer sehr methodischen und erfolgreichen Weise zu erreichen, hält es die vorläufige Regierung für möglich, ukrainische Militär-

personen an der Lösung dieser Aufgabe selbst teilnehmen zu lassen. Zu diesem Zweck werden in Ueber-einstimmung mit dem Zentralrat der Ukraine ukrainische Sonderabgeordnete dem Kabinett des Kriegeministers, dem Generalstab und dem Oberbefehlshaber beigeordnet werden. Was die örtlichen ukrainischen Militärausschüsse angeht, so werden diese ihre Obliegenheiten auf den allgemeinen Grundlagen weiter ausüben, jedoch in Uebereinstimmung mit der Tätigkeit der anderen militärischen Sonderorganisationen.

Die Reuter aus Petersburg meldet, hängt der Rücktritt der russischen Minister mit dem ukrainischen Problem zusammen. Die abtretenden Minister weigerten sich, sich mit den Beschlüssen über die Ukraine einverstanden zu erklären, da nach ihrer Meinung nur die konstituierende Nationalversammlung über die Beziehungen der Ukraine zu dem übrigen Rußland entscheiden könne.

Andererseits lassen russische sozialistische Kreise in Stockholm den Rücktritt auf. Uns wird von dort gemeldet: Der Rücktritt der drei Minister, von denen Schingarew führender Radek ist, ist der Ausfluß der bürgerlichen Politik, die revolutionäre Demokratie zu liquidieren. Ueberdies war Schingarew von revolutionär-demokratischen Mitgliedern des in seinem Ministerium bestehenden Rates zur Radikalisierung seiner Gesetzentwürfe über Kriegsgewinn- und Einkommensteuer und zur Vorbereitung einer Zwangsanleihe gedrängt worden. Allen diesen Plänen widerstrebt aber die Bourgeoisie.

Die Bedeutung der russischen Initiative für die Stockholmer Konferenz.

Von Hermann Müller.

Die Delegation des allrussischen Arbeiter- und Soldatenkongresses hat gemeinsam mit dem holländisch-standinavischen Komitee zum 15. August und den folgenden Tagen die von den Arbeitermassen aller Länder längst sehnlichst erwartete internationale Sozialistenkonferenz nach Stockholm einberufen. Die Vertreter der russischen Sozialisten hatten den dringenden Wunsch, daß auch die Berner Kommission, der die Sozialisten Zimmerwalder Richtung angeschlossen sind, die an die Proletarier aller Länder zu richtende Einladung mit unterzeichnen möchte. Aber trotzdem die im russischen Reich arbeitenden sozialistischen Parteien sich zum größten Teil zur Zimmerwalder Richtung bekennen, haben die in Stockholm versammelten vier Mitglieder der Berner Kommission die Teilnahme an den Vorarbeiten zur Konferenz abgelehnt. Die Zimmerwalder aller Länder wollen fünf Tage vor dem 15. August erst ihre eigene Konferenz abhalten, um dort zu beschließen, ob die Linksozialisten an der allgemeinen Sozialistenkonferenz teilnehmen sollen oder nicht. Bisher wurde behauptet, daß die unter Führung Lenins kämpfenden Bolschewiki und die Gruppe um Trotzky getwillt seien, die allgemeine Konferenz zu boykottieren. Es bleibt freilich abzuwarten, ob diese Linksozialisten bis zum 15. August in dieser Auffassung beharren werden.

Wichtig ist, daß die Delegierten des russischen Arbeiter- und Soldatenrats sich jetzt mit dem holländisch-standinavischen Komitee auf die gemeinsame Einberufung der Konferenz geeinigt haben. Die Vorarbeiten, die das holländisch-standinavische Komitee geleistet hat, werden so bald nutzbar gemacht werden können. Für das Zustandekommen der allgemeinen Konferenz ist die Initiative der revolutionären Arbeiter- und Bauerndemokratie Rußlands von der größten Bedeutung. Denn der Weg für die allgemeine Konferenz ist immer noch nicht frei. Bekanntlich verweigern die Regierungen des republikanischen Frankreich, des demokratischen England und des freien Amerika den Sozialisten die Pässe für eine Konferenz, auf der auch Vertreter der sozialistischen Parteien aus den Ländern der Mittelmächte anwesend sind. Ein Teil der nach Stockholm entfalteten russischen Delegation begibt sich nun nach Frankreich und England und hofft unter anderem auf dieser Reise zu erreichen, daß die Regierungen dieser „freien“ Länder von solchen eines reaktionären Polizeistaats würdigen Maßnahmen ablassen und ihren Sozialisten Reiseerlaubnis gewähren. Daß die sozialistischen Parteien Frankreichs und Englands nach Stockholm kommen wollen, dürfte nicht mehr zweifelhaft sein. Wenn der russische Arbeiter- und Soldatenrat einlädt, können sie kaum ablehnen.

Von den fünf Mitgliedern der Abordnung des allrussischen Arbeiter- und Soldatenkongresses gehören die Genossen Goldenberg, Rosanoff und Smirnow den Menschewiki, Ehrlich dem „Bund“ und Rusanoff den Sozialistenrevolutionären an. Sie stehen sachlich auf Zimmerwalder Boden. Das hindert nicht, daß sie von weiter links stehenden russischen Gruppen genau wie die deutsche und französische Mehrheit als „Sozialpatrioten“ angesprochen werden. Weil sie zum-

men mit bürgerlichen Elementen an der provisorischen Regierung Rußlands teilnehmen. Jaurès sagte einmal: „Es kann niemand so radikal sein, daß er nicht der Opportunist eines anderen ist.“ Das hindert unsere russischen Freunde nicht, auf diese vom allrussischen Arbeiter- und Soldatenkongress mit überwiegender Mehrheit gebilligte Mitarbeit stolz zu sein. Den ein Erfolg dieser Mitarbeit war die Reinigung der ersten provisorischen Regierung von den Imperialisten vom Schläge Miljukows und war ferner, daß die zweite provisorische Regierung sich zu dem Kriegszielprogramm der russischen Sozialisten bekannte: Friede ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Die baldige Durchführung dieses Programms ist das heiligste Ziel der russischen Sozialisten. Sie wollen einen baldigen Frieden. Sie wollen die Errungenschaften der russischen Revolution im Frieden ausbauen und fest verankern. Das soll auch den Sozialisten der Entente-Länder noch vor der Stockholmer Konferenz klar gemacht werden. Am Vorabend der Abreise der Delegation des russischen Arbeiter- und Soldatenrats nach Stockholm erschien im offiziellen Organ des Rats, der „Izvestia“, ein Artikel über den Zweck dieser Reise, in dem es unter anderem hieß:

„... Sie (die Delegierten) werden die neutralen Länder, England und Frankreich bereisen und werden sich im Namen der russischen Revolution an die Proletarier in Westeuropa wenden, sie werden ihnen sagen, daß die russische Revolution verblutet und daß sie von ihnen Unterstützung und Hilfe in dem ihre Kräfte übersteigenden Kampf gegen den Weltimperialismus erwarten.“

Ende Juli soll vor der Stockholmer Konferenz noch schnell in London eine Konferenz der Ententesozialisten tagen. Die russischen Genossen sind Gegner solcher Konferenzen, welche die Sozialisten nach den kriegsführenden Ländern teilen. Sie werden nur als Gäste in London vertreten sein. Auf der Londoner Konferenz wird sich zeigen, welchen Einfluß die Initiative der revolutionären russischen Demokratie auf die französische und englische Partei ausgeübt haben wird.

Die Verhandlungen, welche die russischen Genossen in Stockholm mit dem Genossen Adler für die österreichische, Weltner für die ungarische, Stenmiki für die ruthenische und mit mir für die deutsche sozialdemokratische Partei geführt haben, waren beiderseits von dem Willen befeelt, zu einer Verständigung zu kommen. Sie wurden in durchaus kameradschaftlicher Weise geführt. Ich erwähne das, weil noch am Vorabend dieser Verhandlungen in Stockholm in links-links-sozialistischen Kreisen behauptet wurde, daß es fraglich sei, ob die russische Delegation mit den auf Mehrheitsstandpunkt stehenden Sozialisten aus den Ländern der Mittelmächte überhaupt verhandeln würde.

Den russischen Genossen kommt es darauf an, praktische und schnelle Arbeit für den Frieden zu leisten, nach dem sich das Proletariat der ganzen Welt sehnt. Eine erfolgreiche Friedensarbeit bedarf der Mitarbeit der Mehrheitsparteien aller Länder. Das haben auch die russischen Genossen erkannt. Der Genosse Vladimir Rosjanoff führte nach dem russischen Bulletin in seinem Referat auf dem allrussischen Kongress des Arbeiter- und Soldatenrats unter anderem aus:

„... Was die Zimmerwalder Konferenz anbelangt, so würde sie die Linke der Sozialdemokratie vereinigen, die vom Anfang des Krieges an einen energischen Kampf gegen die imperialistischen Regierungen führte.

Es bestand dagegen die Gefahr, daß die Teilnahme an dieser Konferenz, welche nur diese Fraktionen zusammenbringt, uns von den Mehrheiten, die doch bedeutende Massen des Proletariats hinter sich haben, abgrenzen und somit der Sache des Kampfes für den Frieden schädlich werden könnte.

Diese Linke war uns, als Revolutionären, nahe, aber sie war in allen Ländern in der Minderheit und die Vereinigung mit diesem Teile der Sozialdemokratie konnte somit keine faktische Bedeutung in der Richtung der Herbeiführung eines schnellen Endes des Krieges haben. . . .“

Die Hauptsache ist, daß jetzt es unter Bedingungen, die allerorts akzeptiert werden können, zu einer allgemeinen Sozialistenkonferenz kommt. Die Differenzen, die in den Auffassungen noch da sind, werden sich dann beheben lassen. Man hat der Formel des Arbeiter- und Soldatenrats den Vorwurf gemacht, daß sie nicht klar sei. Darauf erwidert Genosse Rosjanoff im russischen Bulletin:

„Man erwidert auf diese Formel, sie sei nicht genügend klar, man müsse erst diese drei Begriffe Annexion, Kontribution, Selbstbestimmungsrecht entwickeln. Sehr gut, aber wir wollen uns jetzt nicht mit einer Arbeit belasten, für die wir Zeit haben werden, wenn wir zu den Friedensverhandlungen kommen.“

Für die erste Zeit ist auch diese Formel genügend. Sie garantiert uns, daß der Friedensvertrag nicht von einer Vergewaltigung und Unterdrückung irgendwelchen Volkes begleitet sein wird. Wir wollen uns einer mehr praktischen Arbeit widmen; wir wollen Bedingungen zu erlangen versuchen, bei denen die Verwirklichung dieser Formel möglich sein wird. . . .“

Möge es der Stockholmer Konferenz gelingen, die Bedingungen für eine praktische Friedensarbeit zu finden. Denn um dieser praktischen Arbeit willen sind die Augen der werktätigen Bevölkerung der ganzen Welt auf Stockholm gerichtet.

Der Stockholmer Gewinn der Flamen.

Die flamische Sozialistenabordnung, die der Stockholmer Sozialistenkonferenz die Forderungen der Flamen vorgetragen hatte, ist auf der Rückreise nach Flandern in Kopenhagen eingetroffen. Der Führer der Abordnung, Edward Joris, teilte dem Vertreter des „Socialdemokraten“ über den Stockholmer Aufenthalt folgendes mit:

„Wir wurden vom Stockholmer Komitee, in dem Troelstra den Vorsitz führte, außerordentlich lebendig aufgenommen; auch Huisman war anwesend. Als wir unser Programm vorgelegt hatten, hielt Troelstra eine längere Ansprache, worin er ausführte, es sei die Auffassung des Komitees, daß die flamische Frage auf die wirtschaftliche Frage eine starke Rückwirkung ausübe. Troelstra fügte hinzu, er habe oft Belgien besucht und gefühlt, wie die Flamen unterdrückt und unter Wasser gehalten würden. Er verleihe, daß die flamische Bewegung nicht entstanden wäre, wenn die belgische Regierung ihre Pflicht getan hätte. Es sei zu bedauern, daß die belgische Bewegung ein antibelgisches Aussehen erhalten habe, weil sie namentlich gerade während des Krieges so stark angewachsen sei. Troelstra erkannte an, daß die Mitglieder

Artilleriekämpfe in Flandern, im Artois, an der Scarpe — Englischer Angriff nördlich der Straße Arras-Cambrai — Starke feindlicher Angriff links der Maas — Fortschritte gegen die Russen an der Lomnica-Linie.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 18. Juli 1917. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Der Artilleriekampf in Flandern war an der Küste stark; von der Yser bis zur Eys hat er sich gegen die Vortage erheblich gesteigert.

Zwischen Hellebécq und Warneton sind englische Erkundungsvorstöße im Nahkampf abgeschlagen worden.

Am La Bassée-Kanal, bei Loos und Lens sowie auf beiden Ufern der Scarpe war das Feuer in den Abendstunden lebhaft. Bei Einbruch der Dunkelheit griffen die Engländer nördlich der Straße Arras-Cambrai an; sie wurden bis auf eine schmale Einbruchsstelle westlich des Bois du Vert zurückgeworfen. Heute morgen wurde ein englisches Bataillon, das nördlich Fresnoy vorgegangen, durch Feuer vertrieben.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Längs der Aisne und in der Champagne blieb bei trübem Wetter die Feuerstätigkeit meist gering.

Auf dem linken Maas-Ufer wurde tagsüber gekämpft. Nach dreistündiger härtester Artilleriewirkung griffen die Franzosen in 5 Kilometer Breite vom Avocourt-Walde bis zum Grunde westlich des Toten Mannes an. An der Südoestecke des Waldes von Malancourt und beiderseits der Straße Malancourt—Ésnes drangen sie nach erbittertem Kampf in die von uns kürzlich dort gewonnenen Gräben; im übrigen sind sie zurückgeworfen worden. In abends erneut vordringendem Ansturm suchte der Feind seinen Gewinn zu erweitern; dieser Angriff brach ohne Erfolg verlustreich zusammen.

Ostlich der Maas war das Feuer lebhafter als sonst.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

der Abordnung vollkommen selbständig und reichend sei, er fürchte aber, daß die Massen auf die Deutschen als Retter bei der Befreiung Flanderns sahen.

Die Abordnung erwiderte hierauf, den Gedankengang der Massen kenne die Abordnung, dafür könne sie die Verantwortung übernehmen. Sie wüßten, daß es nicht die deutsche Hilfe sei, um die die Flamen bitten müßten, sondern daß sie nur ihr Recht forderten, und daß die kulturelle Selbständigkeit der Flamen eine Forderung sei, die von der Internationale erhoben und zur Lösung gebracht werden müsse gleichzeitig mit den anderen Fragen, die der Friedenskonferenz vorliegen werden.

Huisman erklärte, er wisse, daß die belgische Regierung die Einführung der kulturellen Selbständigkeit in Belgien vorbereite und daß er gerade aus diesem Anlasse nun heimreisen müsse.

Huisman machte keine näheren Angaben über die Pläne der belgischen Regierung; damit ist aber die kulturelle Selbstverwaltung der Flamen gesichert. Die Frage wird dem diplomatischen Friedenskongress vorgelegt werden, der den Westkrieg zum Abschluß bringen soll. Wir flamischen Sozialdemokraten haben durch unsere Abordnung in Stockholm für die Flamen mehr erreicht als die ganze nationalistische Partei.

Die Auflösung kriegsfeindlicher Regimenter Die Kundgebung vom 16. Juli.

Petersburg, 17. Juli. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Vollziehungsausschüsse des Arbeiter- und Soldatenrats und des Bauernkongresses haben an alle Arbeiter und Soldaten in Petersburg folgenden Aufruf gerichtet:

„Unbekannte Personen fordern Euch in Widerspruch mit dem allgemeinen und einmütigen Willen, den der sozialistischen Parteien nicht ausgenommen, auf, mit den Waffen in der Hand auf die Straße zu gehen und so gegen die Auflösung der Regimenter Einspruch zu erheben, die sich an der Front durch verbrecherische Verletzung ihrer Pflicht gegen die Revolution entehrt haben. Wir, die Vertreter der revolutionären Demokratie ganz Rußlands, erklären Euch, daß die Auflösung der Regimenter auf Verlangen der Soldaten-Ausschüsse und auf Befehl des Kriegsministers Kerenski Eures Erwählten, geschehen ist. Jedes Vorgehen zugunsten der aufgelösten Regimenter ist demnach gegen unsere Brüder gerichtet, die ihr Blut an der Front vergießen. Wir erinnern Euch daran, daß keine militärische Einheit mit den Waffen in der Hand auftreten darf ohne besondere Ermächtigung des Oberbefehlshabers, der sich in Übereinstimmung mit uns befindet. Wir erklären alle, die diesen Befehl verletzen, für Verräter und Feinde der Revolution und treffen alle Maßnahmen, die uns zur Verfügung stehen, um diesen Befehl durchzuführen.“

Wie die „Kotwoje Wremja“ mitteilt wurde ein Petersburger Garderegiment aufgelöst, weil es sich weigerte, an die Front zu gehen.

Gleichzeitig hat die vorläufige Regierung die folgende Bekanntmachung anschlagen lassen: „Angeichts der bewaffneten Kundgebungen gewisser militärischer Einheiten am 16. Juli und in der Nacht zum 17. Juli, in deren Verlaufe eine Anzahl von Personen verwundet wurde, werden alle Kundgebungen verboten.“

Ueber die Vorgänge am 16. Juli, auf die sich die Bekanntmachung bezieht, unterrichtet heute folgende Petersburger Neutermeldung vom 17. Juli:

Gestern abend kam es zu einer großen bewaffneten Kundgebung, die von Maximilianen in Szene gesetzt war. Stundenlang durchführten Automobile mit Soldaten, Matrosen und Zivilisten, die mit Gewehren bewaffnet waren, die Stadt. Am Newskiprospekt wurde geschossen, mehrere Personen wurden dabei getötet. Das erste Maschinengewehrregiment soll den Aufruhr hauptsächlich verursacht haben. Unter den Manifestanten befanden sich Abteilungen der Grenadierregimenter Pawlotski und Moskovic. Die Soldaten besetzten die Druckerei der „Kotwoje Wremja“ und erzwangen die Veröffentlichung eines Aufrufs an das Volk, die vorläufige Regierung zu stürzen. Das Organ des Arbeiter- und Soldatenrats verurteilt die Bewegung als die Revolution gefährdend. Unzählige mit Maschinengewehren beladene Frachtwagen gehen nach dem Landhaus der Längerin Kreschinskaja, wo sich das Hauptquartier des ersten Maschinengewehrregiments befindet. Die Regimenter Wolinski, Letowski, Ismailowski und Simeonowski sind noch ruhig. Die Garnisonen in Oranienbaum,

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls

Prinz Leopold von Bayern.

Erhöhte Geschwindigkeit herrschte bei Olga, sowie südlich von Dünaburg und Smorgon.

In Ostgalizien war das Feuer bei Brzezany stark. Im Karpatenvorland nahmen in gemeinsamem Angriff bayrische und kroatische Truppen die von den Russen zähe verteidigten Höhen östlich von Nowica und wiesen in den erreichten Stellungen russische Gegenangriffe ab.

Auch an anderen Stellen der Lomnica-Linie wurden die Russen in östlichen Kämpfen zurückgedrängt.

An der

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph und bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

ist ein allmähliches Aufleben der Feuerstätigkeit besonders zu beiden Seiten des Zuzina-Tales und längs Putina und Berezh merkbar.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 18. Juli 1917, abends.

Starker Feuerkampf in Flandern. Sonst nichts Wesentliches.

Der österreichische Bericht.

Wien, 18. Juli 1917. (W. L. B.) Amlich wird verlautbart:

Südlich von Kalusz erweiterten kroatische Heeresgruppen und bayrische Bataillone im Angriff ihre vorgestern erlangten Erfolge durch Einnahme einer Höhe bei Nowica. Westlich von Kalusz wurde die Säuberung des linken Lomnica-Ufers abgeschlossen.

Souff auf keinem der Kriegsschauplätze Ereignisse von Belang.

Der Chef des Generalstabs.

Jardkoje Eselo und Peterhof richteten sich nach den Anweisungen des Arbeiter- und Soldatenrats.

Zu diesen Vorgängen wird uns aus Stockholm dröhnlich mitgeteilt:

Die neuen Petersburger Kundgebungen dürften von den Volkshilfswirkern oder Trochianern gegen die russische Offensive ausgeführt worden sein.

Ministerwechsel in England.

Aus London wird offiziell gemeldet, daß Carson zum Mitglied des Kabinetts ohne Portefeuille, Addison zum Minister ohne Portefeuille ernannt worden sind. Addison liegt die Rekonstruktion, d. h. die Vorbereitung aus dem Übergangszustand vom Krieg zum Frieden ob. Ronaldau ist zum Staatssekretär für Indien, Churchill zum Munitionsdirektor und Sir Eric Geddes zum ersten Lord der Admiralität ernannt worden.

Der Londoner Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, Geddes Ernennung findet allgemeine Zustimmung in Marinekreisen, da er tüchtiger und energischer Fachmann ist. Er war bisher Kontrolleur der Marine und vorher Generaldirektor des Transportwesens, ursprünglich Betriebsleiter bei der Eisenbahn. Die Ernennung Churchills wird vermutlich viel Kommentierungen zur Folge haben, obwohl man wüßte, daß Lloyd George beabsichtigt, von Churchills großer Energie Gebrauch zu machen.

Churchill verließ im Herbst 1915 das Koalitionskabinet als Mitglied mit dem Aufgeben des Dardanellenabenteuers für die Kriegstreiber in England minder gute Tage anzudeuten schienen. Er wurde sogar aus dem Ministerium sogar hinausgedrängt. Die seit einiger Zeit umlaufenden Mitteilungen von seiner Rückkehr ins Ministerium sind, wie sich nun zeigt, mehr als Gerüchte gewesen.

Die Berufung dieses ganz mangelhaften englischen Imperialisten an Lloyd Georges Seite kann nicht als widersinnig erscheinen. Insbesondere scheint auch die Willigkeit Churchills, die politische Farbe zu wechseln, zu der doppelzünglichen Art des englischen Ministerpräsidenten organisch zu passen. Die Äußerungen des „Daily Telegraph“ machen den Eindruck, als solle der Auffassung vorgebeugt werden, daß die Berufung eine neue Betonung des unbegrenzten Kriegswillens Englands darstelle.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 17. Juli. Amlich. Neue U-Boot-Erfolge im Englischen Kanal:

23 000 Brutto-Register-Tonnen.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich drei bewaffnete tiefgeladene Dampfer, von denen einer Munition geladen hatte und in drei Sekunden nach dem Torpedotreffer in die Luft flog, ferner ein bewaffneter tiefgeladener großer Tauchdampfer, der aus einem stark gefährdeten Geleitzuge herausgeschossen wurde.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Englische Flieger gegen flandrische Küstenplätze.

London, 16. Juli. Die Admiralität meldet: Marineflugzeuge waren gestern nacht mehrere Tonnen Bomben auf die Solway-Berge in Zeebrügge, Eisenbahnnotenpunkte und Ausweichstellen von Ostende, Ausweichstellen und Ablandeplätze von Widdelverte, den Eisenbahnnotenpunkt Thourout, Automobillastzüge und Eisenbahnausweichstellen von Lichterwede. Alle Flugzeuge sind zurückgekehrt. Wolffs Bureau bemerkt dazu: Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist kein militärischer Schaden angerichtet worden.

Ludendorff über den U-Boot-Krieg.

Nach Mitteilung von Wolffs Bureau hat bei den Besprechungen über die militärische Lage, die in Berlin zwischen Oberster Heeresleitung und Mitgliedern des Reichstags stattfanden, General Ludendorff über den U-Boot-Krieg u. a. folgendes geäußert:

Bei der Obersten Heeresleitung war für die Führung des U-Boot-Krieges zunächst der Wunsch bestimmend, die feindliche Kriegswirtschaft und namentlich die Munitionserzeugung zu treffen. Die Besarmen haben durch die U-Boote eine wesentliche Entlastung erfahren. Die feindliche Munitionsfabrikation ist gemindert, die U-Boote haben diese Aufgabe erfüllt. Das Zusammenwirken der Marine mit der Armee

Recht sich somit als mustergültig dar, entsprechend den ungeheuren Verhältnissen des Weltkrieges, in dem wir noch mit beiden Fäßen stehen.

Die Oberste Heeresleitung erwarte von dem U-Boot-Krieg ferner, daß er die Kriegsfähigkeit Englands durch Verminderung des Frachtraumes auf dem Weltmeer und durch die sich daraus ergebenden Fragen bricht. Die Erfüllung auch dieses zweiten Wunsches werde kommen und damit — trotz Amerika — die Beendigung des Weltkrieges und der auch von der Obersten Heeresleitung gewünschte Friede.

Osag, 18. Juli. Das Korrespondenzbureau erfährt, daß die britische Regierung ihre Verantwortung für das Abwerfen von Bomben auf Hierizee in der Nacht vom 29. auf den 30. April zugegeben hat.

Der Angriff auf die deutschen Kohlenschiffe.

Die englische Admiralität gibt bekannt: Einige unserer Leichten Kreuzer, die in der Nordsee patrouillierten, sichteten gestern vormittag eine Anzahl deutscher Dampfer, machten ihnen Signal: Anhalten! von Bord gehen! und feuerten ihnen quer vor den Bug. Der Befehl wurde nicht befolgt, die Schiffe flüchteten in der Richtung auf die holländische Küste. Zwei erreichten, durch unser Feuer schwer beschädigt, das Ufer, die übrigen vier wurden abgeknitten und genommen. Unsere Zerstörer, welche Brisenmannschaften an Bord setzten, folgten sie unter eigenem Dampf fort. Zwei von diesen Besatzungen verließen ihre Schiffe, die anderen beiden wurden gefangen genommen. Die vier Schiffe liegen in einem Hafen unseres Landes, sie heißen *Pellworm*, *Briegig*, *Marie Horn* und *Heinz Blumberg*.

Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus London schreibt die „Times“ in einem Artikel, daß die sogenannte sichere Fahrinne in der Nordsee, die durch die neuen englischen Sperrmaßregeln geschlossen wurde, nur scheinbar im Interesse der neutralen Schifffahrt geschaffen worden sei. In Wirklichkeit habe sie als Verbindungslinie zwischen Norddeutschland einerseits und Rotterdam und Zeebrügge andererseits gedient. Die Deutschen hätten Kohlen und Eisenerze nach Rotterdam geschickt, die dort nach Westdeutschland umgeladen wurden. Dadurch wären die überbürdeten deutschen Eisenbahnen entlastet worden. Auch die deutschen U-Boote hätten die Fahrinne benutzt. Die britische Admiralität habe gut daran getan, diesem ein Ende zu machen.

Ferner schreibt das Blatt: Wir sehen die Schwierigkeiten der Lage Hollands ein und wir wünschen sie nicht zu vergrößern. Aber die Alliierten können nicht zugeben, daß der Krieg nur aus Rücksicht auf die Interessen der niederländischen Kriegsgewinnmacher verlängert wird.

Das Unterhaus über Verletzung neutraler Hoheitsgewässer

London, 17. Juli. Unterhaus. *Bellairs* fragte nach der Zahl der britischen und alliierten Schiffe, die seit Beginn des Krieges in neutralen Hoheitsgewässern, namentlich in spanischen Gewässern, von deutschen Fahrzeugen angehalten oder angegriffen worden sind, und was die Alliierten dagegen zu tun gedenken.

Lord Robert *Co* antwortete: Soweit meine Kenntnis reicht, ist die Zahl solcher Fälle, die sich nach dem Zeugnis der Kapitäne oder der Schiffsmannschaften in den spanischen Gewässern ereignet haben, höher als 20; alle haben sich seit 1914 abgespielt. Ich weiß nichts davon, daß Fälle in den Hoheitsgewässern anderer Länder tatsächlich festgestellt worden sind. Der spanischen Regierung sind die ernstesten Vorstellungen gemacht worden und sie versichert, alles tun zu wollen, was in ihrer Macht steht, um eine Verletzung ihrer Hoheitsgewässer zu verhindern. Sie hat früher in aller Form Unterseeboote von ihren Hoheitsgewässern und Häfen ausgeschlossen.

Bellairs fragte weiter: Denkt Cecil noch daran, daß ich vor einiger Zeit die Aufmerksamkeit auf die *Cems* mündung gelenkt habe und daß in holländischen Zeitungen Notizen erschienen sind, die durchblicken ließen, daß die Deutschen wiederholt die niederländischen Hoheitsrechte verletzt haben. *Cecil* erwiderte: Wir haben die Angelegenheit nicht aus den Augen verloren.

Holländische amtliche Darstellung des Angriffs.

Osag, 18. Juli. (Korrespondenzbureau.) Amtlich. Das Marineministerium teilt folgendes mit: Am frühen Morgen des 16. Juli sichteten die Posten der Küstenwache sieben Frachtschiffe unbekannter Nationalität, die durch die Hoheitsgewässer in nördlicher Richtung fuhren. Um 6 Uhr 15 Minuten wurden von einem der Küstenwächter etwa 20 britische Kriegsschiffe gesichtet, die um 6 Uhr 50 Minuten in die Höhe von Beiten kamen und innerhalb der Hoheitsgewässer die Handelschiffe zu beschießen begannen. Vier Frachtdampfer wurden, obwohl sie innerhalb der Hoheitsgewässer fuhren, von den Kriegsschiffen weggenommen. Zwei fuhren direkt auf den Strand zu und wurden, nachdem sie schon festgelaufen waren, noch immer beschossen, mehrere Geschosse fielen auf das Land. Ein Handelsschiff ankerte bei dem Untersuchungsfahrzeug am Eingang nach dem Schuppen. Als das Untersuchungsfahrzeug 18 englische Torpedojäger sichtete, lichtete es die Anker und legte sich zwischen das Handelsschiff und Torpedojäger, worauf diese in südlicher Richtung wegfuhren. Als um 6 Uhr 52 Min. in den Helder die Nachricht eintraf, daß britische Torpedojäger innerhalb der Hoheitsrechte auf Frachtschiffe Jagd machen, wurden das Kriegsschiff *Arriencar* und vier Torpedoboote abgeschickt, die um 8 Uhr 25 Min. an Ort und Stelle kamen. Zwei andere Torpedoboote erhielten den Befehl, bei Tegeel am Schuppen zu kreuzen. Zwei mußten zwischen Vlieland und Tegel kreuzen und zwei bei dem am Sonntag gestrandeten deutschen Schiffe. Es steht fest, daß der Angriff innerhalb der Hoheitsgewässer stattgefunden hat.

Caillaux spricht wieder.

Gegen die Kopfsteuer.

Bern, 18. Juli. *Honer* Blättern zufolge erörterte die französische Kammer gestern das Einkommensteuergesetz, besonders die Einführung der Kopfsteuer. Die Regierung schätzte das Steuererträgnis auf 45 Millionen Franken. *Caillaux* sprach sich gegen die Kopfsteuer aus. Es sei ungerecht, daß die Arbeiter ebensoviel zahlen müßten wie die Reichen. Durch die Steuer würden 500 000 bisher steuerfrei gebliebene Personen betroffen werden. Die Steuer werde im Lande verstimmen. England habe eingesehen, daß die Finanzpolitik während des Krieges die Armen verschonen und die Reichen treffen müsse. Die indirekten Steuern Frankreichs lasteten augenblicklich schwer auf dem ganzen Volke.

Finanzminister *Lhierry* erwiderte, die Regierung müsse das Gesetz befürworten, selbst während der Revolution habe man die Bürgertaxe eingeführt. Der Antrag wurde schließlich angenommen.

Caillaux hat damit zum ersten Male wieder seit der Ermordung des „Figaro“-Redakteurs *Calmette* durch seine Frau in der Kammer das Wort ergriffen.

Die Kämpfe im Westen.

Berlin, 18. Juli. (B. L. V.) An der Westfront beeinträchtigte regnerisches Wetter und teilweise schlechte Sicht am 17. Juli die Gesehtstätigkeit. Am Vormittag war das Feuer nur nördlich *Operv* stärker. Gegen Mittag steigerte sich das häufig durch Flieger geleitete feindliche Artilleriefeuer gegen unsere Infanterie- und Batteriestellungen und schlug auch bis tief ins Hintergelände. Ein in der Nacht vom 17. zum 18. unter erheblicher Artilleriefeuersteigerung erfolgter Angriff einer englischen Patrouille dicht südlich des *Kanalknies* bei *Hollebecke* blieb in unserem Artillerie- und Infanteriefeuer liegen. Gegen Mitternacht gelangte der Vorstoß einer stärkeren englischen Abteilung in der Gegend *Ostaberne* in unsere Gräben, wurde jedoch sofort im Gegenstoß bis auf ein kleines Engländerneß geworfen. Gegen 9 Uhr abends spielte sich

eine große Luftschlacht

ab, an der auf jeder Seite etwa 50 Flugzeuge beteiligt waren. Unsere Kampfflieger stiegen gegen den geschickt manövrierenden und zähen *Vogner* mit außerordentlicher Kühnheit und Unerbrotlichkeit vor und schossen 11 feindliche Flugzeuge ab. Weiter wurde ein Ballon durch einen Flieger abgeschossen, während vier feindliche Ballons durch unsere Batterien zum Niedergehen gezwungen wurden.

Im *Artois* griff eine etwa 400 Mann starke feindliche Abteilung 6 Uhr nachmittags nach kräftigem Feuerwirbel östlich *Roch* unsere Stellung westlich *Bois-du-Bert* an. Was im Sperrfeuer nicht liegen blieb und verjagt wurde, wurde im Handgranatenkampf geworfen. Wir machten Gefangene. Feindliche Flieger beteiligten sich mit Bombenabwurf und Maschinengewehrfeuer am Kampfe. 10 Uhr 40 Min. erfolgte nach heftigem Artilleriefeuer ein neuer Angriff. Er wurde unter äußerst blutigen feindlichen Verlusten zurückgeschlagen. Nur westlich des *Bois-du-Bert* bezogen die Engländer in Kompaniebreite in unserem *Kriesterfeld* Fuß zu fassen. Stärkere feindliche Patrouillen südlich *Queant* und nordöstlich *Roch* wurden, zum Teil im *Kahkampfe*, abgewiesen.

Bei dem gemeintem Vorstoß der Franzosen in 5 Kilometer Breite vom *Avocourt*-Walde bis zum Grunde westlich des *Toten Mannes* vermochte der Gegner in etwa 2 Kilometer Breite und 60 Meter Tiefe in unsere Stellung einzubringen. Seine äußerst schweren Verluste wurden durch unser Vernichtungsgewehr- und Sperrfeuer vermehrt, das gegen 10 Uhr abends einen weiteren französischen Angriff ins *Stoßen* brachte.

Die Lage an der Lomnica.

Russischer Heeresbericht vom 16. Juli. Westfront: An der unteren *Lomnica* Gesehtfeuer und Artilleriekampf. Nordöstlich von *Kalus* machten die Deutschen am Morgen des 15. Juli erbitterte Angriffe und versuchten unsere Truppen über die *Lomnica* zurückzuwerfen. Schwach an Zahl, aber stark an Mut, wies das Infanterie-Regiment *Ainburn*, gegen dessen Abschnitt die Hauptmassen der Deutschen anstürmten, die Angriffe ab. Der Befehlshaber des Regiments *Ainburn*, Oberleutnant *Simonowitsch*, wurde verwundet. Fortgerissen durch den tapferen Hauptmann *Sizow*, der den Befehl des Regiments übernahm, ergriff dieses die Offensive und warf den Feind zurück, wobei es ihm Verluste zufügte, und Gefangene und Maschinengewehre einbrachte.

Der Kampf auf der Front *Landstreu-Abziany-Krasna* hielt den ganzen Tag über an. Nach heftigem Kampf wurden die *Ostereicher* aus dem Dorfe *Abziany* vertrieben und gegen die *Lomnica* zurückgetrieben. Aber unter dem Druck der von *Rognatoff* angebrachten Reserven und im Hinblick auf die hohen Verluste unseres Offizierskorps wurden unsere Truppen gezwungen, ein wenig zurückzuweichen und sich am östlichen Ende von *Abziany* festzusetzen. Bei dem Kampfe am 15. Juli machten wir 16 Offiziere und etwa 900 *Ostereicher* und Deutsche zu Gefangenen und erbeuteten einige Maschinengewehre. Die Gesamtzahl der Gefangenen und der Beute vom 1. bis 13. Juli beträgt 884 Offiziere, 35 808 Mann, 68 schwere und leichte Geschütze, 28 Grabenmörser, 403 Maschinengewehre, 44 Minenwerfer, 45 Bombenwerfer, 3 Flammenwerfer, 2 Flugzeuge und eine große Masse verschiedenen Kriegsmaterials. *Kalus*-Front: Südwestlich von *Gumischane* wiesen unsere Truppen drei feindliche Angriffe beim *Garras-Bah* in Richtung auf *Penhwin* ab. Nach einem Kampf hielten wir die türkische Offensive auf.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die Pariser Konferenz der Entente, die für den 19. Juli angesetzt war, wurde nach Meldung des „*Corriere della Sera*“ aus Rom um einige Tage verschoben. Man nimmt an, daß die Zusammenkunft am 23. Juli stattfinden wird, falls nicht die Mitglieder der englischen Regierung infolge der Sitzungen des Unterhauses noch länger in London zurückgehalten werden.

„Humanität“ und *Wolffs Bureau*. *Wolffs Bureau* teilt nunmehr mit: In einer Meldung des *Wolffschen Bureaus* vom 10. Juni war eine Äußerung *Renaudels* in der „Humanität“ wiedergegeben, die angeblich besagte: „Wenn der Sieg nicht die Niederdrückung, Herabwürdigung und Vernichtung des deutschen Volkes ist, dann fürchten wir, daß der Friede niemals kommt.“ Wie sich nunmehr herausstellt, hat *Renaudel* das Gegenteil geschrieben: „Wenn der Sieg die Unterdrückung, Herabwürdigung und Vernichtung des deutschen Volkes ist, dann fürchten wir um.“ Der unzutreffenden ersten Nachricht lag ein bedauerlicher Fehler in der telegraphischen Uebersetzung zugrunde.

Die rumänische Offensive. Wie die französischen Zeitungen aus *Jassy* melden, steht die Offensive der rumänischen Armee in nächster Zeit bevor.

Die Krise in der russischen Metallindustrie. Nach einer Meldung von *Astonsblades* aus *Saparanda* mußte infolge der Krise in der Metallindustrie am 14. Juli die große Fabrik *Gushon* in *Moskau* den Betrieb einstellen. Aus gleichen Gründen werden demnächst die Metallwarenfabriken *Vari*, *Dunamo* und *Bromlech* schließen.

Proteststreik in Portugal. Die „*Times*“ vernimmt aus *Lissabon*: Es ist wahrscheinlich, daß ein allgemeiner Streik von einem Tage als Protest gegen die Unterdrückung der Arbeiterunruhen stattfinden wird. Das Straßenbahnpersonal hat die Arbeit niedergelegt, ebenso die Flugschiffahrt, wodurch der Transport auf dem Flusse stillgelegt werden wird. Die Metallarbeiter treten gleichfalls in den Ausstand.

In der Kammer legte *Afonso Costa* den Bericht über die Ereignisse vom 12. Juli vor und forderte Fortdauer der Aufhebung der verfassungsmäßigen Sicherheiten für 30 Tage.

Die Kammer hat die Vorlage angenommen, die die Aufhebung der verfassungsmäßigen Bürgschaften für dreißig Tage vorsieht.

Erste Anfragen an den neuen Reichskanzler.

An den neuen Reichskanzler ist eine lange Reihe kleiner Anfragen gerichtet worden, die aus der Fraktion der „Unabhängigen“ stammen und fast sämtlich Fragen des Belagerungsstatus und der Zensur zum Gegenstand haben.

Eine Anfrage *Kunert*, vier Seiten füllend, beschäftigt sich mit 127 Fällen von Eingehungen neutraler und feindlicher Staatsbürger zum deutschen Heeresdienst.

Eine Anfrage *Dittmann* behandelt *Verbote von Versammlungen der „Unabhängigen“* in Berlin, *Slamen* bei *Sprenberg* und *Verhinderung der Verbreitung von Werbezetteln* in *Breslau*.

Eine weitere Anfrage *Dittmann* betrifft das Verbot des *Oberkommandos* in den *Marken*, die *Stocholmer Denkschrift der „Unabhängigen“* zu veröffentlichen.

Eine Anfrage *Lebebour* beschäftigt sich mit dem wiederholten Verbot der *Generalversammlungen* des *deutschen Metallarbeiterverbandes*, *Ortsstelle Berlin*, mit der angeblichen Begründung, die *Behörde* habe ein Interesse daran, daß ein *Wechsel* in der *Leitung* nicht stattfindet.

Eine Anfrage *Voghterr* betrifft die *Einstellung* von *Rammschaften* der *Marine* in *Arbeiterabteilungen* — wegen *schlechter Gesinnung*.

Schließlich behandelt eine Anfrage *Hertzfeld* den von uns schon besprochenen ungeheuerlichen Fall der *Verhängung* der *Zwangserziehung* über einen *Minderjährigen* in *Elberfeld* wegen *sozialistischer Gesinnung*.

Die *Beantwortung* dieser Anfragen wird zeigen, ob von dem *Wechsel* im *Reichskanzleramt* ein *besserer* und *freier* Kurs zu erwarten ist.

Sie lassen sich nicht beirren!

In den „*Berliner Neuesten Nachrichten*“ von gestern (wirklich vom gestrigen Tage) schreibt der *Vizeadmiral* *S. D. Kirchoff*:

„Wir müssen heraus aus der deutschen Wucht, aus dem nassen Dreieck; müssen unsere Stützpunkte auch weit im Westen ausbauen; müssen England bei solchem Vorstoß sofort in der Flanke fassen können; müssen seine unmittelbar vor unseren Häfen liegenden Kriegs- und Handelshäfen sofort lauffähig angreifen können; also: *Antwerpen*, *Zeebrügge*, *Calais* und *Boulogne* müssen in unserem Besitz sein, um sofort auf dem Wasser, in der Luft und von der Küste aus England wirksam angreifen zu können.“

Geben wir so *England* dauernd fest an der *Leine*, dann erlangen wir damit auch noch weit Größeres, nämlich eine *gewaltige Erhöhung* des *Risikos* für *England*, so daß es vor einem *Kriege* alsdann aller *Vorausicht* nach *zurückschrecken* wird.

Also: ein *erweitertes Deutsch-Flandern* (d. h. *mitin abhängiges Belgien*) nebst *großem Kolonialgewinn* und *Seegeltung*, so muß die *Lösung* im *Westen* lauten. *Alles* *Drei* ist *anzustreben*, muß *erlangt* werden!

Diejenigen, die anderer Meinung zu sein sich erlauben, nennt Herr *Kirchoff* *liebenswürdig* „*Schwächlinge*“ und „*Philister* mit *Sklavengesinnung*“. Die *Redaktion* der „*B. N.*“ selbst hat für einen *Verständigungsfrieden* (ohne *Calais* und *Boulogne*) ein *hübsches* neues Wort erfunden: „*Schmachfriede*“.

Papierüberfluß für allddeutsche Propaganda.

Kein *Papiermangel* besteht für die *Behörden*, die *allddeutsche Propaganda* als *nebenamtliche* *Beschäftigung* mit einem *besseren* *Ergebnis* betreiben. So existiert ein *Flugblatt* eines *bremer Schlossers* namens *Wahl*, in dem die *Sozialdemokratie* des *Arbeiterberrats* *begünstigt* wird, weil sie einen *schönen*, *ehrenvollen* *Frieden* für *besser* hält als *kolonialen* *Geizhals*. In *Hadersleben*, *Marne* und *Embshorn* wurde dies *Flugblatt* durch *Polizeibeamte* *verbreitet*. In *Rendsburg* *begünstigte* die *Stadtverwaltung* ihre *städtischen* *Arbeiter* damit. Im *Munitionsdepot* der *kaiserlichen* *Marine* in *Vietrichsdorf* bei *Niel* war es *aus* den *Tischen* der *Speiseanstalt* *ausgelegt*, was *nicht* ohne *Zustimmung* der *Verwaltung* *möglich* ist. Es ist *anzunehmen*, daß das *Flugblatt* allen *Behörden* in *Stadt* und *Land* *zugefand* worden ist, denn *an* *Geld* zu *einem* *solchen* *Waffenvertrieb* *fehlt* es *den* *hinter* der *allddeutschen* *Bewegung* *stehenden* *Kreisen* *nicht*. Die *Deffentlichkeit* hat *aber* ein *Interesse* daran zu *erfahren*, ob *der* *Verband* *an* die *unteren* *Behörden* mit *der* *Zustimmung* *höherer* *erfolgt* ist.

Letzte Nachrichten.

Der Bundesrat für Bethmann.

Berlin, 18. Juli. (B. L. V.) Der Bundesrat entsandte heute eine Deputation zu dem aus dem Amte geschiedenen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg. Der bayerische Gesandte Graf v. Lercher, selbst begabte in seiner Ansprache der Größe der Verdienste, die sich der scheidende Reichskanzler um das Reich erworben hat, und brachte den Dank des Bundesrats in warmen Worten zum Ausdruck. Herr v. Bethmann Hollweg dankte in einer herzlichen Erwiderung für das ihm von dem Bundesrat geschenkte Vertrauen.

Parteitag der offiziellen Sozialisten Italiens.

Basel, 18. Juli. Die „*Basler Nachrichten*“ melden aus *Mailand*: Die Parteileitung der *offiziellen Sozialisten Italiens* wird auf den 23. Juli nach *Florenz* *zusammenberufen*. Auf der *Tagesordnung* stehen u. a. die *Stocholmer Konferenz* und der *Fall Grimm*.

Rückwirkung der deutschen Krise in Frankreich.

Bern, 18. Juli. „*Journal du Peuple*“ meldet, daß die Mitglieder der *Minderheit* der *französischen sozialistischen Partei* in einer *Versammlung* die *politische* durch die *deutsche* *Krise* *geschaffene* *neue internationale Lage* *besprochen* haben. An der *Ausprache* nahmen u. a. *Longuet*, *Bourderon* und *Loriot* teil. Die *Versammlung* kam zu der *Ansicht*, daß die *durch* die *Wegänge* in *Deutschland* *geschaffene* *neue Lage* *auch* der *französischen sozialistischen Partei* *eine* *veränderte Haltung* *zur* *Pflicht* *mache*. Nach einer *Zensur* *berichtet* das *Blatt* *ferner*, daß eine *am* *Schlusse* der *Versammlung* *angenommene Tagesordnung* *auf* *sofortige* *Einberufung* *des* *Nationalkongresses* *der* *französischen sozialistischen Partei* *besteht*.

Argentinien und Deutschland.

Basel, 18. Juli. *Sabas* berichtet aus *Buenos Aires*: Die *deutsche* *Regierung* *benachrichtigte* die *argentinische* *Regierung*, daß die *deutsche* *Antwort* *bezüglich* der *Torpedierungen* *infolge* *des* *Kanzlerwechsels* *um* *einige* *Tage* *verzögert* *werde*.

Um Friedrich Adler.

Wien, 18. Juli. Der *ruthenisch-sozialdemokratische Abgeordnete* *Rytki* richtete an den *Präsidenten* des *Abgeordnetenhauses* *Groß* *eine* *schriftliche* *Anfrage*, *in* *der* *er* *ihm* *nachsetzt*, *für* *eine* *Begnadigung* *Friedrich Adlers* *eingutet*. *Präsident* *Groß* *erwiderte* *schriftlich*, *er* *halte* *sich* *nicht* *für* *befugt*, *in* *den* *Gang* *der* *Redisprechung* *eingzugreifen*.

Renate Leonhard wieder flott gemacht.

Amsterdam, 18. Juli. Aus *Alkmaar* wird gemeldet: Das in *Bergen* *an* *See* *auf* *Strand* *gejagte* *deutsche* *Kohlenboot* *Renate Leonhard* *ist* *heute* *morgen* *um* *4 1/2* *Uhr* *flott* *geschleppt* *und* *nach* *Amuiden* *gebracht* *worden*. *Vier* *niederländische* *Torpedoboote* *kreuzen* *noch* *immer* *vor* *der* *Küste*.

Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

Kohlennot und Bergarbeiterstreik.

Nachrichten aus den Kohlenbezirken haben heute infolge der unlegbaren Kohlennot in weiten Bergarbeiterkreisen (abgesehen von der auch hierin bevorzugten Kriegsindustrie) ein erhöhtes Interesse. Im Hilfsdienstauschuss des Reichstages wurde auch verschiedenes über die Bergarbeiterausstände in Oberschlesien geredet. Von der „Rechten“ ist gesagt worden, die Ausstände seien auf politische Beherrschung zurückzuführen, eine Auffassung, die, wie gewisse Maßnahmen andeuten, auch in regierenden Kreisen einflussreiche Anhänger besitzt. Die neueste Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ bringt nun aber über die ober-schlesische Arbeiterbewegung Mitteilungen, die erkennen lassen, von welcher Seite die Kohlennot verschärft wird.

Aus dem Jahrgang geht hervor, daß der Zustand eine erhebliche Zahl der ober-schlesischen Kohlengruben erfaßte. Die Hilfsdienstauschüsse haben sich bereits in der Vorwoche mit den Forderungen der ausländischen Arbeiter von sechs Gruben befaßt. Die Vertreter der freien, christlichen, polnischen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften der Bergleute und der Metallarbeiter sind am 10. d. M. zu einer Aussprache auf das Oberbergamt in Breslau geladen worden. Dort haben sie vor dem schlesischen Oberpräsidenten, dem kommandierenden General des 6. Armeekorps, dem Bergbaupolizeimeister und anderen offiziellen Notabeln die Situation im Kohlenbezirk erläutert. Die Gewerkschaftsvertreter wiesen dabei den Verdacht, die spontanen Ausstände seien auf „auswärtige Agenten oder auf irgendwelche parteipolitischen Bestrebungen zurückzuführen“ als „durchaus unangebracht“ zurück. Wenn irgendwer, dann sind doch die in dem Bezirk ansässigen Arbeiterführer in der Lage, ein kompetentes Urteil über die Beweggründe der Arbeiterausstände abzugeben. Weil diese Arbeiterführer den verschiedenen parteipolitischen Richtungen angehören, gewinnt das Urteil dieser Männer noch an Bedeutung.

Dem Bergarbeiterorgan ist weiter zu entnehmen, daß die Arbeiterführer im Oberbergamt auch Vorschläge für die schnellste Beilegung der ganzen Ausstandsbewegung gemacht haben. Diese Vorschläge bewegten sich auf der Linie eines Schiedsspruchs, den der Hilfsdienstauschuss in Beuthen für die Grube „Cleophas“ gefaßt hat. Auf der Basis dieses, von der Betriebsleitung abgezeichneten Schiedsspruchs möchte alsbald eine generelle Einigung erfolgen. — So schlugen die Arbeiterführer vor. Hinterher fand auf dem Oberbergamt eine Besprechung von Repräsentanten der Unternehmer statt, ohne Zuziehung der Arbeitervertreter. Am Schluß dieser Besprechung ist den Arbeitervertretern mitgeteilt worden, daß ihre Einigungsvorschläge von den Unternehmern abgelehnt worden seien! Der Bescheid lautete: Die einzelnen Arbeiterausstände möchten ihre Forderungen vor die Hilfsdienstauschüsse bringen. Damit war der läßliche Versuch der Arbeiterführer, die ganze Ausstandsbewegung „generell und sofort“ durch die allgemeine Anerkennung des bereits von dem Hilfsdienstauschuss Beuthen im Falle der „Cleophas“-Grube gefaßten Schiedsspruchs zu beendigen, gescheitert.

Das Verhalten der Unternehmer ist diktiert von ihrer prinzipiellen Abneigung, mit den Gewerkschaften über Arbeiterfragen zu verhandeln. Die gewerkschaftlichen Einigungsvorschläge können nicht als „undiskutabel“ bezeichnet werden, ist doch am 12. d. M. von dem Hilfsdienstauschuss wieder für vier weitere Gruben ein Schiedsspruch gefaßt worden, der in der Hauptsache mit den Einigungsvorschlägen der Gewerkschaften übereinstimmt. Dieser Schiedsspruch wurde auch von den Betriebsleitervertretern — darunter der Generaldirektor Dr. Williger — als durchführbar anerkannt. In gewöhnlichen Zeiten könnte man dies tropfenweise Einigungsverfahren schließlich hinnehmen. Zurzeit aber, wo uns die Kohlennot auf den Nägeln brennt und das unnötige Versäumen von Schichten bekanntlich von Regierungsorganen geradezu als landesverräterisch bezeichnet wird, da ist der Gedanke unerträglich, daß lediglich durch das gewerkschaftsfeindliche Verhalten bestimmter Großunternehmer die Kohlennot noch erhöht wird. Wenn erst die Duzende in Frage kommenden Kohlengruben jede einzelne die Hilfsdienstauschüsse beschäftigen müssen, bevor eine Einigung und die Wiederaufnahme der Arbeit erzielt ist, dann könnte sich die Bewegung noch lange hinziehen. Zwar berichtet man uns aus Breslau, daß mittlerweile der Ausstand nur noch wenige Gruben betrifft, aber eine Bürgschaft für die dauernde Aufrechterhaltung der vollen Förderung ist nicht eher vorhanden, als bis die Unternehmer sich entschließen, im Verein mit den Arbeiterorganisationen die Lohnunterschiede so auszugleichen, daß die Arbeiter über die Durchführung der Abmachungen beruhigt sein können.

Solange dies nicht geschieht, muß immer mit Förderverlusten gerechnet werden. Durch die sich über eine Woche hinziehenden Teufelstände sind schon mehrere Millionen Zentner Kohlenförderung verloren gegangen. Das ist ein Quantum, das die kohlenbedürftige Bevölkerung sehr empfindlich vermisst. Durch die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss ist auch, der „Bergarbeiter-Zeitung“ zufolge, herausgekommen, daß

die fraglichen ausländischen Betriebsarbeiter nicht etwa ohne weiteres die Arbeit einstellen, sondern sie haben durch ihren Ausschub wiederholt und vergeblich um Verhandlungen über die gestellten Forderungen er sucht! Dann erst kam es zum Ausstand. Dann es die kohlenbedürftige Bevölkerung ertragen, daß so durch die brutale Nichtachtung der Arbeiter und ihrer Vertretungen die ohnehin sehr knappe Kohlenzufuhr noch weiter verringert wird! Ist besonders die jetzige Zeit dazu angetan, daß die Grubenbesitzer sich, wie sie's getan, weigern, mit „ihren“ Arbeitern lokal über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln, es sogar ablehnen, über die zum Zwecke der sofortigen allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit gestellten Einigungsvorschläge mit den Arbeiterorganisationen in eine Beratung einzutreten?

Georg Diehl gestorben.

Freunden und näheren Bekannten kommt die Todesnachricht nicht überraschend. Seit langer Zeit schon war Diehl, der langjährige Zentralvorsitzende des Dachdeckerverbandes, durch ein schweres, unheilbares Leiden an das Krankenlager gefesselt. Seinen tätigen Mitarbeiter in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung war damit schon vorzeitig ein Ziel gesetzt. In der Nacht zum Dienstag hat der unerbittliche Tod ein Leben beendet, das drei Jahrzehnte lang der proletarischen Sache treu und pflichtbewußt diente.

Schon in sehr jungen Jahren, erst 19 Jahre alt, widmete sich Diehl der politischen Bewegung. Seit 1885 stand er schon in führender Stellung in der Gewerkschaftsbewegung, er gründete damals in Frankfurt a. M. den Dachdeckerverein auf lokaler Grundlage. Der Verbandstag 1897 wählte ihn zum Zentralvorsitzenden, welches Amt er zunächst zwei Jahre ehrenamtlich versah; über 20 Jahre hat er seiner Berufsorganisation als tüchtiger Führer und Berater vorgestanden.

Der Verband nahm unter seiner Leitung einen prächtigen Aufschwung. Mit 1700 Mitgliedern übernahm Diehl 1897 die Leitung, über 8500 Mitglieder waren es, als schwere Krankheit ihn zwang, die Leitung anderen zu überlassen. Seine Ruhe und Besonnenheit machten ihn besonders zum Gewerkschaftsführer geeignet. Die Art seines Auftretens erleichterte die Verhandlungen bei Lohnbewegungen, bei denen er, wenn andere alles schon aufgaben, immer noch zum Vorteil seiner Kollegen etwas erreichte. Seine Berufskollegen haben ihn dann auch in dankbarer Anerkennung dieser seiner Verdienste um die Organisation und bei der Vertretung ihrer Interessen stets einstimmig als Vorstehenden wiedergewählt.

Neben seiner Gewerkschaftstätigkeit gewann er noch Zeit, sich auf politischem und sozialpolitischem Gebiete zu betätigen. Viele Jahre war er 2. Vorsitzender der Ortskrankenkasse, Aufsichtsratsmitglied des Volks-, Bau- und Sparvereins, auch des Gewerkschaftshauses. Bei drei Reichstagswahlen kandidierte Diehl für den Wahlkreis Loth., später im Kreis Marburg. Seit 1912 war er Stadtverordneter für den Bezirk Sachsenhausen-Ost.

Nach bis in die letzte Zeit hinein wollte er für seine gewerkschaftliche Organisation tätig sein, er wollte nichts vom Kranksein wissen, obgleich seine Lebenskraft längst gebrochen war.

Zentralvorstand und Ausschuss des Dachdeckerverbandes widmen ihrem verstorbenen Vorstehenden einen warmen Nachruf, in dem sie sein Verdienst um die Organisation mit dankbaren Worten anerkennen. Als schönsten Denkstein — so sagen in ihm Vorstand und Ausschuss — für Georg Diehl sollten in jedes Kollegen Herz mit unauflöslicher Schrift die Worte stehen, die er selbst uns tausendmal anfeuernd zurief:

„Haltet dem Organisationsgedanken die Treue!“

Berlin und Umgegend.

Verbandstag des „Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands“.

Die Verhandlungen wurden am Mittwoch fortgesetzt. Zunächst stellte die Mandatsprüfungskommission fest, daß von den 53 Wahlstellen 52 besetzt sind. Es sind 35 Delegierte anwesend. Außerdem der Verbandsvorsitzende, der Hauptassistent, der Redakteur des „Freien Gastwirt“ und der Obmann der Kontrollkommission. Die Diskussion über den Rassen- und Geschäftsbericht wurde fortgesetzt. Unter anderem wurde lebhaft der Antrag erörtert, der für die zum Heere eingezogenen Mitglieder an Stelle der bisherigen bedingungslosen Freistellung vom Beitrag vorschlägt, daß unter gewissen Voraussetzungen die Freilassung vom Beitrag erfolgen kann.

Lebhaft diskutiert wurde auch der Antrag der Verwaltungsstelle Nürnberg, für Nürnberg und anliegende Bezirke einen Sekretär anzustellen, wogu vom Verbandsrat ein jährlicher Zuschuß von 1000 Mark gefordert wird. — Die vorliegenden Anträge wurden zunächst der Statutenberatungskommission überwiesen.

Einige wesentliche Punkte der Statutenberatung wurden dann hervorgehoben. Vom Hauptvorstand wird beantragt, den Namen des Verbandes zu ändern. Unter Streichung des Wortes „freien“ soll der Verband sich nennen: „Verband der Gast- und Schankwirte Deutschlands“. Auch soll in Verbindung damit aus dem § 1 des Statuts der Paffus unter d gestrichen werden, der als eines der Mittel zur Erreichung des Verbandszwecks die „Unterstützung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ nennt. Der vorgeschlagene neue Titel des Verbandes drücke alles aus, was der Verband betreibe. Was jemand politisch tut und will, solle seine Angelegenheit sein in der politischen Partei. Wo er sich betätige, wie er sich betätige, für welche Richtung er eintrete, solle seine ureigenste An-

gelegenheit sein. Ausgedrückt werden solle, daß es sich um einen Verband von Gast- und Schankwirten handle, in deren Mitte jeder genehmigt sei, der die Interessen der Wirte wahrnehmen wolle. In Verbindung damit stehe der Antrag auf Streichung des Absatzes d des § 1. Wenn dort die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei genannt werde, so wäre heute die Frage aufzuwerfen, welche von den beiden sozialdemokratischen Parteien gemeint sei. Wäre jener Paffus bestehen, so würden die Versammlungen von politischen Streit befreit werden. Das wolle man aber nicht. Der Verband habe die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu vertreten.

In einer längeren Debatte sprachen sich alle Redner, mit einer Ausnahme, für die Änderung des Titels und für die Streichung des Paffus d im § 1 aus. Die Anträge gingen in die Statutenberatungskommission. Dann wurde nach einer Einleitung von Liffin zur Frage des Ueberganges in die Friedenswirtschaft folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich mit dem Zentralverband Deutscher Wirtevereinigungen in Verbindung zu setzen, daß

1. auf die Reichsregierung bzw. Bundesregierungen eingewirkt, daß den Gastwirten zur Aufrechterhaltung ihrer Existenz eine staatliche Unterstützung gewährleistet wird.
2. muß es Aufgabe der Wirteorganisation sein, neue Kreditmöglichkeiten zu schaffen, um damit bedrängte Kollegen unterstützen zu können. Diese Möglichkeit besteht nur dann, wenn Rührung mit anderen größeren Wirtschaftsverbänden gesucht wird, um Institute zu schaffen, die durch staatliche Darlehen auf irgend eine Weise Gelder gegen Sicherheiten ausleihen.
3. muß vom Zentralvorstand auf die Regierung eingewirkt werden, daß die Bestimmungen erläßt, durch welche die Gastwirte vor rückstufenden Gläubigern, unter Berücksichtigung der finanziellen Lage des Schuldners, mehr als bisher geschützt werden.
4. Weiter müssen die vereinigten Wirteorganisationen bestrebt sein, daß die Auswärtigenbeschränkungen sowie die den Gewerbebetrieb einengenden Verordnungen nach eintretendem Frieden sofort aufgehoben und Erleichterungen geschaffen werden, welche das Gastwirts-gewerbe in die Lage versetzen, die wirtschaftlichen Rückschläge des Krieges leichter überwinden zu können.
5. Um für die außerordentliche Schädigung des Gastwirts-gewerbes durch den Krieg und seine Folgen den Beweis liefern zu können, betrachten wir es als unbedingt notwendig, daß sofort statistische Erhebungen veranlaßt werden.

Der Vorstand des Zentralvorstandes oder die Vorstände aller Wirteorganisationen sollen sich unterzählig über die aufzustellenden Fragen verständigen, damit durch eine einheitliche Aktion und Kräfteverteilung der gewollte Zweck erreicht wird.

Die allgemeine Lage im Gastwirts-gewerbe Deutschlands betraf ein Referat von Richard Wiehle, dem Redakteur des „Freien Gastwirt“. Eingehend legte er unter Verwertung eines großen Materials dar, welche Schwierigkeiten aus den Kriegsverhältnissen für das Gastwirts-gewerbe erwachsen sind. Er verwies im einzelnen auf die außerordentliche Steigerung aller Unkosten, auf die Verminderung und Verteuerung der Verbrauchsprodukte des Wirtegewerbes und auf die Schwierigkeit ihrer Beschaffung. Sodann ging er auf die Fülle von behördlichen Maßnahmen ein, die die Ausübung des Gastwirts-gewerbes direkt einschränken, zum Beispiel die Alkoholverbote in den Grenzdistrikten, die Einschränkung der Auswärtigen für Alkohol in allen anderen Gegenden, die Verfügungen der Polizeibehörden usw. Ein anderes für die Wirte schlimmes Kapitel betrifft die Verhängung von Strafen. — Neue Gefahren und Belastungen stehen bevor. Mit der Möglichkeit einer Verschärfung der Konfessionsgesetzgebung sei zu rechnen. Ein erheblicher Teil der Kollegen habe im Laufe des Krieges den Betrieb einstellen müssen, weil sie wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihn nicht fortführen konnten. Redner bringt Zahlen dafür bei. Zu beachten sei auch, daß das Brauereigewerbe, wie Tatsachen und Zahlen ergeben, außerordentlich gewinnbringend aus dem Kriege hervorgeht. Bei der großkapitalistischen Entwicklung des Brauereigewerbes könne mit einem Privatmonopol der Bierproduktion in den Händen einer Anzahl Brauereien für die Zukunft gerechnet werden, und infolgedessen mit einer Kreditkrisis. — Aus allem Angeführten ergebe sich, daß sich die Wirte zum Kampf für ihre wirtschaftliche Existenz und zur Wahrung aller ihrer Interessen mehr wappnen müssen als bisher. Das könnten sie nur durch weitestgehenden Zusammenschluß; der Zentralverein aller Gastwirtsverbände müsse ins Leben gerufen werden.

In einer Diskussion über den fast zweistündigen Vortrag wurden die Schilderungen des Referenten von allen Rednern als zutreffend bestätigt.

Es wurde beschlossen, den Vortrag in Broschürenform drucken zu lassen. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution wurde angenommen, in der unter anderem gesagt wird:

„Die Verammelten fordern die Verbandsleitung auf, sich sofort mit den anderen Berufsverbänden in Verbindung zu setzen, damit der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Wirtevereinigungen sich schnellstens konstituiert, um in einer allgemeinen Denkschrift den maßgebenden Stellen der Staats- und Reichsregierung den Beweis zu erbringen, welche vernichtende Wirkung die in vielen Fällen unverhältnißlichen Kriegsmassnahmen auf das Gastwirts-gewerbe ausgeübt haben. Es muß durch die Leitung des Zentralverbandes allerhöchstens dahin gewirkt werden, daß zahlreiche, den Gewerbebetrieb der Gastwirte einengende Bestimmungen gemildert und soweit nur immer möglich aufgehoben werden. Es müssen Erleichterungen auf geistlicher Grundlage geschaffen werden, welche die Gewähr bieten, daß dem Gastwirts-gewerbe nicht nur während der Uebergangszeit in die Friedenswirtschaft, sondern auch nach dem Kriege eine Existenzmöglichkeit gesichert ist.“

Verantwortl. v. Blatt: Dr. Franz Diehl, Berlin-Preussen; für d. literar. Teil des Blattes: Alfred Zast, Neufahrn; für Inserate: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Stier 1. Beilage und Unterhaltungsblatt.

Niemand ist so klug



Jedem Ärger und Verdruß aus dem Wege gehen zu können. Aberjeden täglich wiederkehrenden kleinen nervösmachenden Ärger mit schlecht passenden oder schlecht sitzenden Augenläsers können Sie sich ein für allemal ersparen, wenn Sie nur Optiker Ruhnke's garantierte Augenläser tragen. Wir garantieren Zufriedenheit und tun alles für Sie, was überhaupt möglich zu machen ist. Wir halten was wir versprechen, das beweist nachstehendes Schreiben:

Sehr geehrter Herr Ruhnke! Als Ihr langjähriger, treuer Kunde (ich wohnte früher in Friedenau) möchte ich nicht verschweigen, Ihnen meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die aufmerksame Bedienung, die ich wieder einmal in Ihrer Geschäftsstelle am

Alexanderplatz erfahren habe. Die große Mühe, die sich zwei Ihrer Herren Angestellten bei der gewissenhaften (kostenlosen) Augenuntersuchung, bei der sorgfältigen Auswahl eines goldenen Fingerringes und beim Schleifen der möglichen großen Sanktopläser gegeben haben, machen es mir zur angenehmen Pflicht, auch weiterhin Ihre dauernde Kunde zu bleiben und Ihre Firma in meinen Kreisen bei jeder Gelegenheit zu empfehlen. Weitgehendste Kulanz in Verbindung mit gediegenster Arbeitsleistung und mäßigem Preise ist Ihr Geschäftsprinzip, eine Tatsache, die in dieser schweren Zeit für ein Geschäft nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Hochachtungsvoll ergebenst A. S., Kgl. Seminarlehrer.



Optiker Ruhnke

- C. Am Alexander-Platz neben Ullinger.
- W. Leipziger Str. 113, Ecke Bauer-Str.
- NW. Friedrich-Str. 150, Ecke Dorothien-Str.
- Charlottenburg. Tauentzien-Str. 15, Ecke Nordufer-Str.
- Wilmersdorf: Berliner Str. 132-3 a u. Umland-Str.
- SO. Oranien-Str. 44, nahe Oranien-Platz.
- Friedrich-Str. 180, Ecke Tauben-Str.
- N. Chaussee-Str. 72.
- Jochimsdaler Str. 2, am Bahnhof Soa.
- Friedenau: Rhein-Str. 18, Ecke Arch-Str. gegenüber der Ritter-GiSa

Die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Frauen.

Für die der Groß-Berliner Parteiorganisation angehörenden Frauen veranstaltete die Bezirksorganisation in Groß-Berlin (S. P. D.) am Dienstag eine Zusammenkunft, in der die Berichterstattung über die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Frauen gegeben wurde.

Genossin Rhynd hob in der Einleitung ihres Berichtes hervor, daß jetzt in der Organisation, was der Krieg zerstört hat, wieder aufgebaut werden müsse. Nachdem die reinliche Scheidung sich vollzogen habe, werde man wieder Arbeit leisten können. Das Ergebnis der auf der Konferenz geführten Verhandlungen über die Frauen in der Kriegswirtschaft wurde von der Berichterstatterin dahin zusammengefaßt, daß die Zustimmung zu der Beteiligung an dieser sozialen Fürsorgetätigkeit und zu ihrer Fortdauer klar zum Ausdruck gekommen sei. Die Frau werde sich noch sehr viel mehr als bisher bemühen müssen, durch weitgehende Mitarbeit an der Lösung kommunaler Aufgaben ihren Einfluß zu steigern. Damit werde auch die Werbearbeit der Partei gefördert werden. Zur Frage der Agitation sei auf der Konferenz festgestellt worden, daß sie in der Kriegszeit unter dem Mangel der Führung gelitten habe. Schon bald hätte zugegriffen und die Aenderung durchgeführt werden müssen, die erst jetzt zustande gekommen sei. Von dem Wechsel in der Redaktion der „Gleichheit“ dürfe man Förderung für das Blatt und für die ganze Frauenagitation der Partei erwarten. Nach Erörterung des Referates über das Frauenwohlrecht schloß Genossin Rhynd: „Alles in allem hat die Konferenz gezeigt, daß es nicht so trübe in unserer Bewegung aussieht, wie viele von uns geglaubt haben. Wir alle wollen jetzt, nachdem die Scheidung vollzogen ist, frisch an die Arbeit gehen, zum Segen unserer Organisation, zum Segen unserer ganzen Frauenwelt.“

Dem beifällig aufgenommenen Bericht folgte eine sehr rege Diskussion, die sich bis in die Mitternachtsstunde hinzog. Die Ausführungen aller Rednerinnen ließen erkennen, daß der Verlauf der Reichskonferenz befriedigt hat. Weiterarbeiten in der sozialen Fürsorgetätigkeit auch nach dem Kriege, forderten verschiedene Rednerinnen. Genossin Jucha cz bedauerte, daß in Groß-Berlin keine Zentralstelle besteht, an der man sich ein geschlossenes Bild der von den Frauen in den Gemeinden bereits geleisteten Arbeit machen kann. Genossin Luise Kähler bat um mitarbeitende Unterstützung der von ihr geleiteten proletarischen Hilfsaktion, die den Wöchnerinnen und Säuglingen zugute kommt. Zum Wahlrechtskampf wies sie darauf hin, daß bei der jetzt erfolgten Verheißung eines freien Wahlrechts für Frauen man der Frauen nicht gedacht hat. Auf die Frage der Fabrikpflegerinnen, die auf der Konferenz miterörtern und in der Berichterstattung erwähnt wurde, ging Genossin Martha Hoppe näher ein. Gegenüber dem Unternehmer müsse die Fabrikpflegerin ihre Rückenstärkung in der Arbeiterschaft finden, in dem Arbeiterausschuß der Fabrik; doch das Interesse hierfür fehlt leider noch vielen Arbeiterinnen. Die Fabrikpflegerin dürfe nicht Angehörige des Unternehmers sein, aber auch nicht Angestellte der oft von Unternehmern beherrschten Gemeinde, sondern ein Organ des Staates, vielleicht angegliedert der Gewerbeinspektion. Das zusammenschließende Schlußwort des Vorsitzenden Genossen Eugen Ernst hob hervor, alle von den sozialdemokratischen Frauen geleistete Tätigkeit müsse Aufklärungsarbeit sein und der Sozialdemokratie dienen. Die versprochene Wahlrechtsreform sei natürlich nur eine Etappe auf dem Wege zum wirklich allgemeinen Wahlrecht, dem Wahlrecht für die Frauen wie für die Männer.

Vorgelegt wurden die beiden auf der Reichskonferenz einstimmig angenommenen Resolutionen, deren Wortlaut im „Vorwärts“ vom 10. Juli mitgeteilt ist. Die erste billigt die praktische Tätigkeit der sozialdemokratischen Frauen in der Kriegsfürsorge, geißelt die Mängel der Lebensmittelversorgung und das Treiben der Lebensmittelwucherer, fordert für die Frau volles Mitspracherecht in Reich, Staat und Gemeinde, im besonderen das aktive und das passive Wahlrecht, bedauert die Spaltung der sozialdemokratischen Partei, stellt sich entschieden auf den Boden der alten Partei und billigt den Wechsel in der Redaktion der „Gleichheit“. Die zweite Resolution fordert von den maßgebenden Stellen im Reich unverzügliche Maßnahmen zur Herbeiführung eines möglichst baldigen Abschusses des blutigen Völkermordens, bekräftigt die seit Kriegsausbruch bis zur Stunde im Interesse des Friedens ausgeübte Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Parteileitung und erwartet von einem auf dem Boden der Verständigung ohne Vergewaltigungen und Demütigungen zustande kommenden Frieden eine Wiederaufnahme und Verbesserung der internationalen Beziehungen des kämpfenden Proletariats aller Länder, im besonderen auch eine herzliche Wiederanknüpfung der internationalen Verbindungen der sozialdemokratischen Frauen. Beide Resolutionen wurden von der Versammlung einstimmig gutgeheißen.

Groß-Berlin

Warum kriegt Berlin so wenig Gemüse?

Ueber die Kartoffelversorgung Berlins sollte man Näheres erfahren in einer Konferenz, an der Oberbürgermeister Bermuth die Vertreter der Presse eingeladen hatte. Die Frage, wann es wieder Kartoffeln geben wird, beschäftigt jetzt allerdings die Bevölkerung sehr lebhaft. Leider wurde aber in der Konferenz hierüber beinahe nichts vorgebracht. Das Ergebnis der Unterhaltung war eigentlich nur, daß man „nichts Gewisses weiß“. Dagegen wurde vom Oberbürgermeister Bermuth und von dem durch ihn als Beistand herangezogenen Geschäftsführer des Deutschen Städtetages, Stadtrat A. D. Luther, sehr ausführlich über die Schwierigkeiten der Gemüseversorgung gesprochen. Den Anlaß bildeten Mitteilungen, die nach der bei der Reichsstelle für Obst und Gemüse stattgehabten Pressekonferenz in die Öffentlichkeit gelangt waren und von dem Oberbürgermeister als Angriff gegen Berlin empfunden wurden. Oberbürgermeister von Liliy bezeichnete es in jener Konferenz als „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“ der Kommunen, selber durch Abschluß von Lieferungsverträgen die Versorgung ihrer Bevölkerung mit Gemüse zu fördern. Dagegen ist Oberbürgermeister Bermuth der Ansicht, daß alle Lieferungsverträge nichts nützen, solange den Städten dabei die Unterstützung durch die öffentlichen Gewalten fehlt. Stadtrat Dr. Luther forderte zur Versorgung der Städte mit Gemüse und Obst die Einrichtung von Sammelstellen auf dem Lande, wie sie bei der Versorgung mit Milch und Eiern sich bewährt haben. Wichtig ist, daß die Stadt Berlin auf ihren eigenen Rieselfeldern gegenüber ihren Pächtern sich ohnmächtig fühlt und die Pächter nicht zur Ausführung der für Berlin versprochenen Gemüselieferungen anzuhalten vermag, die sie sich übrigens nicht durch wirkliche Lieferungsverträge gesichert

hat. Man kann aber fragen, ob in diesen Zuständen eine Entschuldigung für Berlin und nicht vielmehr ein Vorwurf liegt. Die Offenheit des Geständnisses, daß der Magistrat hilflos ist, verdient Anerkennung. Nur wird man damit keine nach Gemüse verlangende Hausfrau befriedigen können.

Ein schlechtes Beispiel.

Entsprechend der Gerabsetzung der Rindviehpreise hat der Magistrat der Stadt Berlin eine Ermäßigung der Rindfleischpreise vorgenommen. In seiner bezüglichen Mitteilung findet sich jedoch folgender merkwürdige Satz: „Leider konnte die Ermäßigung nicht völlig entsprechend der Verminderung der Stallhöchstepreise ausfallen, da die den Gemeinden und Fleischern bisher entstandenen Verluste zu einem Teile zu decken waren.“

Man wird fragen müssen, um was für Verluste es sich handelt, die da jetzt ausgeglichen werden sollen. Will die Stadt Berlin ihre

Unsere Feldpost-Abonnenten

biten wir, ihr Abonnement für August möglichst bald erneuern zu wollen. Soll in der Zustellung des „Vorwärts“ zu Anfang nächsten Monats keine Unterbrechung eintreten, so müssen wir die Lieberweisung der einzelnen Feldpostabonnenten-Adressen an die Post

Schon von Mitte Juli an

bestimmen, weil die Post sonst nicht in der Lage ist, diese Laufende von Abonnenten rechtzeitig und regelmäßig zu bestellen.

Im Monat Juli gingen uns besonders zahlreiche Beschwerden zu. Wir können denselben nur durch frühzeitige Lieberweisungen abhelfen, was wiederum zur Voraussetzung hat, daß die Einreichung des Abonnementbetrages von 1.30 M. pro Monat schon jetzt, nicht erst Ende des Monats erfolgt. Die Abonnenten müssen erwägen, daß auch die Post mit ewig wechselnden umgebenden Arbeitsstrahlen nicht so präzise arbeiten kann, wie das früher mit ihrem geübten ständigen Personal der Fall war.

Also frühzeitige Erneuerung des Abonnements!
Verlag des „Vorwärts“.

bisher gezahlten Zuschüsse etwa wieder hereinholen? Das dürfte doch kaum zulässig sein. Erst recht muß man nach den Verlusten fragen, die den Fleischern erwachsen sein sollen. Die Festsetzung der Kleinhandelspreise ist nach genauer Prüfung, ob der Fleischer auch einen angemessenen Gewinn erhält, erfolgt. Die Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen ist infolgedessen fortwährend größer geworden. Trotzdem sollen nun noch Verluste der Fleischer durch einen höheren Kleinhandelspreis, als wie er der Senkung der Viehpreise entspricht, auszugleichen sein, was mit anderen Worten bedeutet, daß die Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen abermals erhöht worden ist. Wer hat die Ansprüche der Fleischer sachgemäß geprüft? Ist überhaupt eine solche Prüfung erfolgt, oder hat man den dahingehenden Angaben der Fleischer guten Glauben geschenkt?

Die vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen geforderte Aufklärung ist hier dringend geboten. Der Magistrat der Stadt Berlin macht sich mit dieser Maßnahme die gleiche bedenkliche Praxis zu eigen, die in Friedenszeiten im Fleischergewerbe üblich war: Preissteigerungen wurden immer rasch und in gering vorgezogenem, Preisrentungen dagegen nur langsam und meist nie mehr als bis auf die frühere Grenze. Von dem einmal erhöhten Preise blieb ein immer höherer Prozentsatz für den Zwischengewinn übrig. Diese Praxis auch auf die Kriegswirtschaft zu übertragen, besteht keine Veranlassung; sie ist sehr bedenklich.

Das Verschwinden des Bienenhonigs.

Wir befaßten uns gestern mit dem Bucher, der mit dem Bienenhonig getrieben wird. Zur Ergänzung entnehmen wir dem „Welt-Tageblatt“ das folgende: Als den mährischen Bienenzüchtern von der Reichsstelle zur Winterfütterung ihrer etwa 60 000 Bienenstöcke 600 000 Kilo Zucker überwiesen wurden, glaubte die großstädtische Bevölkerung, daß sie in diesem Jahre Honig zu angemessenem Preise erhalten würde. Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Nachdem kürzlich die Höchstpreise für Honig herauskamen, die sich auf 100 Proz. unter dem vorjährigen Preise hielten, ist der Honig vollständig vom Markt verschwunden. Ob und zu findet sich ein Angebot von Honig. Der Restekant wird indessen ein Preis abgefordert, der die Höchstpreise bedeutend übersteigt. Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, haben wir in diesem Jahre eine Honigernte aufzuweisen, wie sie lange nicht da war. So hat Mecklenburg einen ausgezeichneten Ertrag. Ost- und Westpreußen und Pommern sind weit der Ernte mehr als zufrieden. Wir haben im Reiche etwa 2 800 000 Bienenstöcke, die etwa 8,5 Millionen Kilo Honig hervorbringen. Warum die Großstädte von diesem großen Quantum nichts oder nur ganz wenig erhalten sollen, ist unerfindlich. Gewiß wird viel auf dem Lande verbraucht, da die Imker den Transport scheuen und nach den Höchstpreisbestimmungen vom 26. Juni 1917 vom Erzeuger direkt 25 Pf. für das Pfund mehr erhalten als vom Händler. Ein Teil der Ernte mag wohl auch an Krankenhäuser und Lazarette gehen, angebracht wäre es aber auch, wenn die Großstädte bei dem Mangel an Obst, Fett und Ausfrischmitteln gewisse Quantitäten erhielten. Der Reichsstelle für Gemüse und Obst ist neuerdings eine Abteilung für den Honig beigeordnet worden. Aufgabe dieser Reichsstelle müßte es sein, auch den Großstädten genügend Bienenhonig zuzuführen zu lassen.

Berliner Lebensmittel.

Die Stadt Berlin gewährt auch im Monat August Kindern bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre 1 Pfund Haferflocken. Die zur Empfangnahme berechtigenden Bezugsscheine werden von den Brotkommissionen zusammen mit den Milchkarten in der bisherigen Weise nach Strahenzügen verteilt.

Der Ausweiszwang für Obst- und Gemüse-Kleinhändler tritt am nächsten Dienstag in Kraft. Jeder Kleinhändler, der Obst und Gemüse aufkaufen will, muß einen vom Magistrat ausgestellten Ausweis besitzen. Großhändler dürfen nur an Personen mit Ausweisen verkaufen. Man hofft, dadurch den Warenverschleppungen an große Privatabnehmer, Hotels usw. etwas vorzubeugen. Dagegen, daß die Kleinhändler verschieden, ist allerdings noch keine Maßregel erfunden.

Die Bureauräume der „Kriegshilfskasse der Stadt Berlin“ sind von Poststr. 5 nach dem Stadthaus, Eingang Klosterstraße, Zimmer Nr. 33 verlegt worden. Fernsprechanschluß über die Zentrale „Magistrat“ unter Nr. 266.

Versuch einer Straßendemonstration. Wolffs Bureau meldet: „Von böswilligen Schwärzern werden Gerüchte verbreitet, die von Unruhen im Anschluß an einige Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokraten zu erzählen wissen. Wie das Wolffsche Telegrammbureau dazu von zuständiger Stelle erfährt, sind diese Gerüchte aus der Luft gegriffen. Tatsache ist nur, daß sich am Dienstagabend im Norden Berlins von dem einen Ver-

sammlungsort aus ein Zug von noch nicht 500 Personen in Bewegung gesetzt hat, der sich bald von selbst zerstreute. Dose Teile dieser Menge begaben sich mit Omnibussen und Straßenbahnen nach dem Stadtinnern und verhielten dort unter Führung eines bekannten Landtagsabgeordneten in der üblichen Weise durch Lärmen zu demonstrieren. Diese Truppe in Stärke von zusammen noch nicht 300 Personen wurden durch die Polizei mühelos und ohne jeden Zwischenfall südwärts und nordwärts der Linden zerstreut. Dem Ursprung der übertriebenen Gerüchte wird von seiten der Behörden nachgegangen.“

Bei einem Wohnungsbrande ums Leben gekommen ist der sieben Jahre alte Erwin Summer aus der Eichenallee 4 in Charlottenburg. Die dort im Kellergehöf wohnende Frau Summer war nachmittags zur Erledigung einer wichtigen Versorgung ausgegangen und hatte ihre drei Kinder allein zu Hause zurücklassen müssen. Bald darauf nahmen Vorübergehende wahr, daß aus dem Keller Rauch hervordrang; sie benachrichtigten den Hauswirt, der wiederum die Feuerwehr verständigte. Als die Wehr eintraf, fand sie einen großen mit Wäsche gefüllten Korb brennend und die Wohnung vollständig mit Qualm angefüllt vor. Die Mannschaften brachten zunächst zwei im vorderen Zimmer befindliche Kinder ins Freie und löschten dann mit leichter Mühe das Feuer. Leider haben die beiden jüngeren Kinder wohl in der Aufregung und Angst zunächst nichts davon gesagt, daß der ältere Bruder sich im hinteren Raume aufgehalten hatte. Als dies bekannt wurde und die Feuerwehrleute nochmals in die Wohnung eindrangen, fanden sie den Knaben, der auch mehrere Brandwunden aufwies, in fast leblosem Zustande vor. Er wurde mit dem Mannschafswagen der Feuerwehr nach dem Krankenhaus geschafft, wo er jedoch trotz aller Bemühungen der Ärzte bald an den Folgen der erlittenen Rauchvergiftung starb.

Gandol mit gestohlenen Brotkarten. In einer Wirtshaus an der Nidenstraße beobachtete ein Beamter, daß ein Arbeiter Paul Radalski dort einen ständigen Brotkartenverkauf eingerichtet hatte. Als Gehilfe und besonders als Schlepper dienten ihm ein Arbeiter Erich Hertrampf und ein lahmschlächtiger Soldat Seifert. Als das Geschäft gerade wieder flott ging, erwiderte die Kriminalpolizei und nahm alle drei fest. Sie besaßen noch über 1000 Brotkarten. Diese stammen zum Teil aus dem großen Einbruch in Reuthaus, bei dem kürzlich 18 000 Nahrungsmittelkarten gestohlen wurden.

Ein zwölfjähriger Knabe als Gewohnheitsdieb. Als Warenhaus-, Bahnhof- und Kolonialdieb wurde der zwölfjährige Kurt Paulsen festgenommen, der sich hier auf den Bahnhöfen umtrieb. Gestern bot er sich wieder einem Kaufmann an dem Anhalter Bahnhof als Gepäckträger an, um mit seinem Koffer zu verschwinden. Der Mann beobachtete ihn jedoch, nahm ihn fest und übergab ihn der Polizei. Er wurde festgesetzt als der aus der Anstalt entwichene Hilfsfänger Kurt Paulsen, der sich, wie er sagt, in Berlin aufhielt, um hier seine Mutter zu erwarten und mit ihr nach Hamburg zu fahren. Im Besitze des Knaben fand man allerlei Gegenstände aus Warenhaus- und Kolonialhändlern und den Gepäckträgern über einen Koffer, den er auf einem Bahnhof gestohlen und nach Art gewerbsmäßiger Diebe in Verwahrung gegeben hatte, um ihn bei Gelegenheit abzuholen und zu verkaufen.

Eindreher suchten in der Nacht zu Mittwoch das Damenkleidergeschäft und Trauermagazin von Bogen, Brunnentstr. 16, heim. Sie erbrachen die hintere Tür einer Wohnung im ersten Stock, bohrten in einer Stube über dem Laden ein großes Loch in der Decke und schafften für 35 000 M. fertige Kostüme, Röcke, Mäntel und Stoffe hinauf. Bevor sie diese ganze Beute wegklopfen konnten, mußten sie irgendwie gestört worden sein. Denn sie ließen den größten Teil in der Stube liegen. Hier fand der Geschäftsinhaber morgens für 25 000 M. Sachen wieder, während für 10 000 M. verschwinden sind. Die Eindreher, die in der üblichen Art einen Schirm benutzten, um den Verdämmortel zur Verhinderung von Geräusch aufzuliegen, hatten sachtunbig die wertvollsten fertigen Stücke und Stoffe ausgeklaut, wolle und seidene, besonders ältere fertige Sachen aus reiner Wolle. Auch Kassen und Kassetten hatten sie erbrochen, darin aber nichts gefunden.

Spandan. Lebensmittel. Griech darf zum Preise von 28 Pf. für ein Pfund verkauft werden. — In vielen Geschäften sind noch Haferfabrikate gegen Geld 12 der Lebensmittelkarte zu haben. Kinder über ein Jahr erhalten in Zukunft eine Zuckerkartenzugabe. — Für Säuglinge werden besonders geeignete Milcharten ausgegeben. — Ein Nachtrag zur Verordnung über die Veranschlagung von Brotarten enthält Bestimmungen über die Abgabe der Brot- und Mehlmengen für Kinder, über Entnahme von Kuchen und sowie die Abgabe von Weizen- und Roggenmehl an Gast- und Schankwirtschaften, Krankenhäuser usw. — Die ersten Frühkartoffeln (ein Pfund aus der letzten vier Abschnitte 17 bis 20 der Kartoffelkarte) werden in dieser Woche zum Preise von 15 Pf. zur Verteilung gelangen, soweit der Vorrat reicht. — Margarine ist auf Margarineabschnitt 2 der Speisefettkarte noch in folgenden Geschäften zu haben: Drewitz, Bröhmännerstr. 18, Wendland, Weihenburger Str. 13, Demitrowitz, Pnarstr. 81, Laß, Weihenburger Str. 23, Dresd, Damm 8, Oldenburg, Tiefwerderweg 32, Jarogewell, Jungfernstieg 8, Weiß, Watzstr. 13, Schilder, Ritterstr. 15. — Die Milchkarten für August werden vom 17. bis 22. Juli, vormittags 8—12½ Uhr, in den Brotkartenausgabestellen ausgegeben.

Reuthaus. Lebensmittel. Vom 20. bis 26. Juli dürfen in denjenigen Geschäften, in welchen die allgemeine Lebensmittelkarte mit den Abschnitten 15 bis 32 zum Bezug von Kolonialwaren (Griech, Graupen usw.) angemeldet ist, auf dem Abschnitt 36 der Reuthäuser Lebensmittelkarte 250 Gramm Haferflocken abgegeben und entnommen werden. Der Verkaufspreis beträgt für 250 Gramm Haferflocken 22 Pf. — Vom 19. bis 25. Juli dürfen in denselben Geschäften auf dem Abschnitt 35 der Reuthäuser Lebensmittelkarte 375 Gramm R u n s t h o n i g abgegeben und entnommen werden. Der Verkaufspreis beträgt für 500 Gramm R u n s t h o n i g, Ausfrischware oder in Würfelpackung 55 Pf., für 500 Gramm R u n s t h o n i g in Rollenpackung 60 Pf. Bei Bruchteilen darf der Betrag auf volle Pfennige abgerundet werden. — Die neu aufgelegte Kundenliste für den Bezug von Kolonialwaren hat bei diesen Verläufen von Haferflocken und R u n s t h o n i g noch keine Gültigkeit.

Bilmersdorf. Lebensmittel. In der Zeit vom 19. bis einschließlich 26. Juli kommen auf Abschnitt 15 der gelben Haushaltungs-Bezugskarte 2 Pfund Gemüsekonserven zum Verkauf. Die Preise sind verschieden und auf den einzelnen Paketen vermerkt. Auf die Bezugskarte für Einzelportionen (3. Ausgabe, rosa) werden in der Zeit vom 20. bis einschließlich 27. Juli 200 Gramm L o f e S u p p e n zum Preise von 0,40 M. (Abschnitt M) und 100 Gramm B e r l i n e r P e r l a g o im Preise von 0,17 M. (Abschnitt N) abgegeben. Die Entnahme der Waren hat in denjenigen Geschäften zu erfolgen, wo der Inhaber der Bezugskarte in die Kundenliste zum Bezug von Griech, Graupen, Erbsen, Feigwaren usw. eingetragen ist.

Pankow. Die Ausgabe der Brotzugabekarten für die Zeit vom 23. Juli bis 6. August wird am heutigen Donnerstag erfolgen. Die Karten werden den Hausbesitzern bezw. deren Stellvertretern zugestellt. Die Verteilung der Karten ist unverzüglich zu bewirken.

Niederhänhausen. — Neue Kartoffeln sollen von den Lieferungsbezirken bestimmt noch in dieser Woche angeliefert werden, so daß es möglich sein dürfte, am Ende dieser Woche auf vier Kartoffelkartenausgaben 2 Pfund zu entnehmen. Auf die Abschnitte 6 Abschnitte werden Bedarf oder Mehl verabsolgt.

Kreis Teltow. Der Landrat v. Köhnenbach erläßt folgende kleine Aufmunterung an die Landwirte des Kreises:

Die Fälle, in denen Landwirte wegen unberechtigter Abgabe von Lebensmitteln unter Ueberkreitung der Höchstpreise zur Anzeige gebracht werden, mehren sich ganz außerordentlich. Dem muß unter allen Umständen Einhalt geboten werden. Ich richte deshalb an die Erzeuger des Kreises erneut das Ersuchen, sich bei Abgabe ihrer Erzeugnisse künftig genau an die Bestimmungen zu halten. Weicht dies nicht, so werde ich jedem, der zum zweiten Male angezeigt wird, die Selbstversorgung unmaßgeblich entziehen und ihn auch bei der Verteilung von Sonderzuweisungen an Lebensmittel ausschließen.

Rommes. Die Geschäftsräume des Arbeitsnachweises des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, des Vieleinigungsamts, des Versicherung- und Wahlbureaus, der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge und des Standesamts sind wieder im Rathaus, Linden- und Pfisterstraßen-Ecke, untergebracht. — Bezugsheime über W e b e r, W i e l, S t r i e d e und S c h u h w a r z e n werden in Zukunft nur noch gegen Vorlage eines amtlichen Ausweises, z. B. des polizeilichen Wohnungsnachweises oder der Lebensmittelkarte, ausgefertigt.

Eier- und Käseverkauf. Auf den Kartenabschnitt 19 der Eierkarte werden in der laufenden Woche zwei Eier pro Kopf abgegeben, während auf den Kartenabschnitt 26 der grünen Lebensmittelkarte Schamer Käse zur Verteilung kommen soll. Die Anmeldungen zum Bezug von Käse müssen bis zum Donnerstag, den 19., bei den Kleinhändlern erfolgt sein.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Berlin IV. Heute abend 8 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Feinrich, Große Frankfurter Str. 90.
Borsdorf. Die Mitgliederversammlung findet heute abend 8 1/2 Uhr bei Grabow statt.

Soziales.

Mietsteigerungen.

Von sachverständiger Seite erhalten wir zu unserer Notiz über unberechtigte Mietsteigerungen, die zum Teil lediglich einer ganz ungerechtfertigten Bereicherung des Hausbesitzers gleichkommen, wie wir dieses schon anderwärts, folgende Ergänzung:

Mit welchem Recht sucht der Hausbesitzer generell die Mietsteigerung zu rechtfertigen, etwa damit, daß er die Mieten pränumerando verlangt, er selbst aber die Hypothekenzinsen postnumerando zahlt, und zwar halbjährlich vom 8. bis 10. des Quartalsmonats, also mehr oder minder auf ein Vierteljahr die Zinsen doppelt zahlt?

Mit welchem Recht sucht der Berliner Hausbesitzer seine angebliche Notlage allgemein zu behaupten, vielleich weil er der Ehrenpflicht und der Gefälligkeitspflicht der Obdachlosigkeit für unsere kämpfenden Krieger zu genügen hat und dabei von den Kommunen den größten Teil seiner Mietaufschläge gedeckt erhält?

Mit welchem Recht will der Hausbesitzer einseitig über die Verpflichtung der Zentralheizung und Warmwasser-

Bereitung sich hinwegsetzen, etwa weil er Kohlennot vorkäuft? Das Kammergericht hat im Urteil 2 II. 2297. Kgl. Kammergericht, veröffentlicht 30. Juni 1917 in allen Zeitungen generell seine Haftung als Vertragspflicht präzipiert!

Mit welchem Recht will der Hausbesitzer in den Grundbesitzerzeitungen Propaganda für generelle einseitige Mietsteigerungen, 5-10 Proz. der Bruttomiete, machen, etwa weil er in den Aufmunterungen dazu nötigt, keine Renovierungen vorzunehmen, da der Gewerbetreibende das Dreifache der Löhne fordert?

Die Behörden sollen ihn schämen in seinem unglaublichen Verlangen, obgleich die Hypothekenzinsen hundert! Der hohe Ueberfluß in Friedenszeiten wird einfach totgeschwiegen! Die Klagen der Krankenlasten über unhygienische Wohnungen werden natürlich nicht publiziert!

In Einzelfällen mag auch bei den Hausbesitzern eine Notlage bestehen, nicht aber bei den zahllosen Besitzern der Spekulationsobjekte, die ohnehin mit 1-2 Proz. leerer Wohnungen rechnen!

Also die Einzellaage des Falles entscheidet und direkt lächerlich wirkt die generelle Forderung aller!

Berichtszeitung.

Ein gegen einen Nachwächter verübter Gewaltakt führte den Kellerer Paul Schislowski und den Abträger Otto Dielede vor die vierte Strafkammer des Landgerichts I. Beide Angeklagten haben erhebliche Vorstrafen wegen der verschiedensten Vergehen und Verbrechen. In einem Hause der Vintienstraße hatte sich im ersten Stockwerk ganz im geheimen ein sogenannter Bouillon „keller“ aufgetan, in dem sich nacheinander alle möglichen zweifelhaften Gestalten einfanden, die dort Bier, Spirituosen, Kaffee u. dergl. verzehrten und auch dem Glücksspiel huldigten. Der Betrieb stand unter Leitung eines Händlers Schmidhaber, der eine Schankkonzession nicht besaß. Zu den Gästen gehörten auch die beiden Angeklagten in der Nacht zum 22. Januar. Es ging in jener Nacht besonders lustig zu, so daß der Wirt wiederholt um möglichste Ruhe bat, damit die Polizei nicht aufmerksam werde. Die beiden Angeklagten, die viel Schnaps und Bier genossen hatten, bekamen eine Art Blausüßer, so daß Dielede sich zu der Drohung betrug: „Wir schlagen dem ersten Schummann oder Wächter, der uns begegnet, über den Brägen!“ Diese Drohung wurde wahr gemacht, als ihnen beim Betreten der Straße der seit langen Jahren dem dortigen Revier zugeteilte Wächter der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer, Manfensheim, begegnete. Ohne jeden Grund stürzte sich Dielede auf ihn, stieß ihn mit zwei Fingern so heftig in die Augen, daß er nichts mehr sehen konnte; dann warfen ihn die Angeklagten und ein unbekannter Dritter zu Boden und schlugen mit Messer und Schlagring auf ihn ein. Ueber und über mit Blut besudelt wurde D. von einem Schummann aufgefunden und nach dem Krankenhaus gebracht. Dort wurden mehrere Infortüne, bis auf den Knochen gehende Kopfverletzungen, ferner Verletzungen am Wadenknochen und am Arm festgestellt. Der Ueberfallene hat 11 Wochen im Krankenhaus zugebracht und wird auch jetzt noch ärztlich behandelt, da bei ihm ein nervöses Jittern der Gliedmaßen zurückgeblieben ist. — Der Gerichtshof beurteilte den Angeklagten Schislowski zu 2 1/2 Jahren, den Dielede zu 3 Jahren Gefängnis.

Ein Todesurteil wurde vom Schwurgericht in Bielefeld verhängt. Am 19. März wurde in Oberjöllende die Ehefrau Redtke, deren Ehemann sich in englischer Gefangenschaft befindet, am Bettsofa erhängt aufgefunden. Die Begleitumstände liegen auf gewaltsamen Tod schließen, und der Verdacht lenkte sich auf den verheirateten Tischler Kolke aus Oberjöllende, der mit der Frau ein intimes Verhältnis unterhalten hatte. Er hat die Frau umgebracht, weil sie sich weigerte, seinen Namen als Vater des von ihr zur Welt gebrachten Kindes zu verschweigen.

Aus aller Welt.

Geheimnisvolles Dahinstehen einer zahlreichen Familie. In Hohenbredon bei Altenbeken verlor der Schuhmacher und Briefbote Joseph Wever-Partold, der zurzeit im Felde steht, in kaum acht Tagen vier von seinen Kindern im Alter von 12 bis 2 Jahren. Die Frau liegt im Krankenhaus schwer danieder mit noch drei Kindern, an deren Aufkommen noch gezweifelt wird. Die Ursache dieser erschrecklichen Krankheit wird auf Genuß verdorbener Margarine zurückgeführt, in der die Frau Pfannkuchen gebacken hat. Die ganze Familie wird vielleicht dem Tode geweiht sein.

Ein neues Kampfmittel. Im Anzeigenteil einer weimarischen Zeitung veröffentlicht eine Ehefrau aus einem benachbarten Dorf folgende fürchterliche Drohung: „Küftung! Ich brauche nichts auf meines Mannes Namen zu borgen, da ich viel mehr bestie als er. Ich habe durch Fleiß und Vermögen die Wirtschaft begründet. Ich habe ihn nicht böswillig verlassen, sondern weil er mich mißhandelte. Wenn er dies wieder tut, kriegt er nicht nur einen, sondern zwei Löffel Schlappermilch an den Kopf geworfen!“

Briefkasten der Redaktion.

G. G. 100. Wenden Sie sich mit einer brieflichen Anfrage an die nachfolgende Adresse: Agence de renseignements pour prisonniers de guerre, Genl. Rus de l'Athènes 3. Der Brief geht postfrei; er muß auf der Vorderseite den Vermerk „Kriegsgefangenenliste“ tragen und offen gelandt werden. — R. G. 47. 1. Wenn der Tod infolge der Verletzung eintrat, so hat die Frau Anspruch auf Rente. 2. Aus der Unfallversicherung hat die Frau Anspruch auf Witwenrente, wenn sie selbst keinen Anspruch hat, sonst auf Witwenrente auf Grund der vom Ehemann gekauften Renten, wenn sie selbst inaktiv ist. 3. Die von der Krankenkasse gezahlten natürlichen Sätze entsprechen den Sätzen der Kriegsbeschädigten. Die Krankenkasse ist zu weiteren Leistungen nicht verpflichtet. Auch die Kriegsbeschädigten haben darüber hinaus nichts. — W. 77. 1. — R. W. 6. Die Anwendung der Verleumdungsgesetze an die Kriegsfrauen ist eine freiwilige und kann deshalb in besonderen Fällen eingestellt werden. — Wehrb. 100. 1. 2. Das steuerpflichtige Einkommen wird dann nach dem gegenwärtigen Bodenverdienst ermittelt und auf ein Jahr umgerechnet. 3. Wenden Sie sich direkt an die Steuervermerksstelle, Kommandantenstr. 81. — G. G. 7. Gemüthliche Adressen finden Sie im Adreßbuch, 2. Band, II. Teil, Seite 262. — Abonn.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Gleichmäßig warm, vorwiegend wolfig mit leichten, nur im Nordwesten etwas stärkeren Regenfällen, dazwischen zeitweise aufklar end.

Deutsches Theater.
Heute und folg. Tage 8 Uhr:
Max Pallenberg in
Der kleine Napoleon.
Kammerspiele.
Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:
Die Tänzerin
mit Leopoldine Konstantin.
Volkshaus.
Theater am Bülowplatz.
Untergrund. Schön. Tor.
Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:
Die Königin der Luft.

Zirkus A. Schumann
Bahnh. Friedrichstr.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen gestattet.
Kühler Aufenthalt.
Das neue
Zirkus-Varieté-Gr.
u. a.
Luis u. Sohn
Die Unzerbrechlichen
4 Veras phän. Draht-Akt
Turi Danhofer
Halali Parforce-
Schnitzel.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Die Stunde des
Verrats. — Gartenbahn:
Borin, wie es lieb und haßt.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: Zigeuner.
Gartenbahn: Vorstellung.

Bekanntmachung.
Zur Bequemlichkeit der Sparrer
haben wir eine
neue Zweigstelle V
der Sparkasse
am Wannseebahnhof Groß-
Görschenstraße im Hause
Bahnstraße 10 errichtet. Ein-
lagen werden von 1 Mark an
entgegengenommen und logisch
im Sparbuch quittiert. Rück-
zahlungen erfolgen in gleicher
Weise wie bei unseren übrigen
Kassenstellen. Bei der neuen
Zweigstelle können auch Ein-
und Auszahlungen in Depo-
siten, Kontokorrent, Scheck-
und Giroverkehr bewirkt werden.
Kassenstunden von 8 1/2 bis 1 1/2
Sonntags bis 1 Uhr.
Dir. Schöneberg, im Juli 1917.
Der Sparkassenvorstand.

Am 16. Juli fiel auf dem Felde der Ehre unser
hochverehrter Chef
Herr Fabrikbesitzer
Kurt Dittmann
Leutnant der Reserve in einem Feldartillerie-Regt.
Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse.
Wir betrauern in dem Gefallenen den Verlust
eines herzlich gutgesinnten und gerechten Arbeit-
gebers, welchem wir ein treues, unvergessliches An-
denken bewahren werden. 2994b
Berlin-Wittenau, den 18. Juli 1917.
Die Arbeiter der Firma F. G. Dittmann,
Fahrzeugfabrik, Berlin-Wittenau.

Am Sonntag, den 15. Juli,
mittags 12 Uhr, verstarb
nach kurzen, schwerem Leiden
mein lieber Mann, guter
Vater, Schwiegervater, Bruder,
Schwager und Onkel,
der Schloffer
Adolf Hinz
im noch nicht vollendeten
31. Lebensjahr.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Anna Hinz geb. Eichhorn
und alle Verwandten.
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 19. Juli,
nachmittags 3 Uhr, in Mar-
jahn statt. 67a
Abfahrt des Leuges 2.14
Uhr Bahn Friedrichstraße.

Lessing-Theater.
Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:
Marie Ottmann u. H. Waldmann in
Oper v. O. Blumenthal.
Niobe Musik v. Osk. Straus.
Theater I. d. Königgrätzerstr.
8 Uhr: Künstlerische Tänze.
„Frage an das Schicksal“.
„Abschiedssouper“.

Berliner Prater-Theater.
Kastanienallee 7-9.
Heute:
Alha — famos!
Gr. Musikanten-Operettenposse
in 3 Akten mit Gesang u. Tanz.
Vorher: gr. Varietèprogramm.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Voigt-Theater.
Sadstr. 58. Sadstr. 58.
Täglich große Extravorstellung.
Pleper u. Sperling
Erstklassiges
Spezialitäten-Programm.
Anf. Sonnt. 4, wochentl. 4 1/2 Uhr.

Beschlagnahmefreie
Mengen
Sekt- bis 25 Pf
Wein- bis 4 Pf.
Korfe
und alle anderen Sachen sowie
Zelluloid- | Film- |
Guttapercha- |
Hartgummi- |
Wachswalzen- |
Schallplatten- |
kauft
Ordover G. m. b. H.
Berlin, Georgenstraße 50
beim Alexanderplatz,
9-12, 3-6 Uhr. 64/9

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Graveur
Hermann Henschel
Gulmstr. 33, am 14. Juli
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 19. Juli,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von
der Leichenhalle des Luther-
Kirchhofes in Marjahn aus
statt.
Rege Beteiligung wird er-
wartet.
Den Mitgliedern ferner
zur Nachricht, daß unser
Kollege der Schloffer
Adolf Hinz
Samariterstr. 13, am 15. Juli
gestorben ist. 177/19
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 19. Juli,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Gemeinde-
Friedhofes in Marjahn aus
statt.
Rege Beteiligung wird er-
wartet.

Volks-
Feuerbestattungs-
Verband Groß-Berlin
1917
Die Einäscherung unseres
verstorbenen Mitgliedes
Herrn
Max Graßhold
Berlin, Holzmarktstr. 44
findet morgen Freitag, nach-
mittags 2 Uhr, im Kremato-
rium Berlin, Gerichtstr. 37,
statt. 299/6
Ehre seinem Andenken!

Für die mir bewiesene Teil-
nahme beim Eintrage meiner
lieben Frau Emilie und meines
Lieberen Kindes meinen herz-
lichsten Dank. 64/10
Arno Schuster,
Steglitz.

Palast
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2,
K. Steld, A. Müller-Lincke,
Gertr. Gräbner, B. Lehnhoff
in „Der Herr
ohne Wohnung“.
Dazu:
Afra, die Seltsame usw.

Reichshallen-Theater.
Gastspiel
der
Leipziger
Seldel-
Sänger.
Anf. 7 1/2 U.
Am 1./8. Wiederbeginn d. Vor-
stellungen der Stettin. Sängbr.

Admirals-Palast.
AbraKadabra
gr. phantastisches Ballett
auf dem Eis.
Angenehm kühl. Aufenthalt.
7 1/2 U. Vorzügl. Küche.

W. Nelke
Berlin, Krausenstr. 75
(neben Kompinski)
Bölowstraße 24,
Ecke Potsdamer Straße.
9-1, 3-6.

Theater für Donnerstag, den 19. Juli.
Deutsches Opernhaus
7 1/2 Uhr: **Nanon.**
Friedrich-Wilhelms-Theater
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Gebr. Herrfeld-Th.
Operetten-Gastspiel
7 1/2 Uhr: **Die ledige Ehefrau.**
Kleines Theater
8 Uhr: **Im Bahnwärterhaus.**
Komische Oper
7 1/2 Uhr: **Die Dose Sr. Majestät.**
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die blonden Mädel
vom Lindenhof.
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Czarinasfürstin.**

Neues Operettenhaus
Schiffb. 4a. Kassent. Nd. 281
7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.**
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Verhüllte.**
Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: **Martha.**
Schiller-Th. Chari.
7 1/2 Uhr: **Alt-Neidelsberg.**
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Sonnwendzauber.**
Theater am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr: **Die Gulaschkanone.**
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: **Stolze Thea.**
Trianon-Theater
Die Lore.
7 1/2 U.: Die stittliche Forderung

Buchdruckerei und Verlagsanstalt G. Birk & Co. m. b. H.
in München.
Soeben erschienen:
Der II. Band des
Handbuch
der
sozialdemokratischen Parteitage
von 1910 bis 1913
gut gebunden, 688 Seiten, Mk. 10.—
Auch der zweite Band des Handbuchs wird für
jeden Parteigenossen und Gewerkschaftler unent-
behrlich sein, weil durch die sorgfältige und sach-
liche, alphabetische Zusammenstellung der auf den
Parteitagen kundgegebenen Anschauungen damit
eine sonst nicht vorhandene Uebersichtlichkeit des
Materials geboten wird.
Von dem I. Band, 1893-1909 (Preis Mk. 7.—), ist
noch ein geringer Vorrat vorhanden.
Alle Buchhandlungen und Kolporteurs nehmen
Bestellungen entgegen. 5182/2

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner
zur Nachricht, daß unser
Kollege, der Schloffer
Hermann Paul
Niederhöndhausen, am 12.
Juli gestorben ist.
Den Mitgliedern ferner
zur Nachricht, daß unser
Kollege, der Dreher
Georg Riedel
Räderbörse Str. 43, am
9. Juli gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Wohlthätige Erinnerung
zum Sterbetage meines heil-
geliebten und unergötlichen
Mannes, des Landsturm-
mannes 543
Artur Naujoks
gestorben an seinen schweren
Wunden am 19. Juli 1916
in einem Feldlazarett.
Ruhe sanft in fremder Erde.
Du, der einst mein Alles
war; stets werd' ich Dein
gedenken, heut, wie vor
einem Jahr. Und ob mir's
Herz auch blutet, Das Auge
Tränen weint, Ich glaube
und ich hoffe, einst werden
wir vereint!
In tiefstem Schmerz Deine
Dich nie vergessende Frau
Anna Naujoks
geb. Bläsche
nebst allen Verwandten und
Bekanntem,
Berlin, Martin-Opitz-Str. 19.
Dem Kette fern,
Dem Herzen ewig nah.

Kennen Sie
die Wohltat
einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lag.
resp. nach Maßanfertigung sowie
Art.
Bruchbandagen aller
Art.
Artikel 2. Gesundheits-
und Krankenpflege.
Pollmann, Bandagist,
Berlin N., Lothinger Str. 80. *
Lieferant für Krankenkass.
H. Pfau, Bandagist
Berlin **Direksenstr. 20**
C., Bahnh. Alexanderplatz u.
Goltzestr. 10. — Amt Kat. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkass.

Aus Finnlands Geschichte.

Zu seiner Unabhängigkeitserklärung.

Das Unglück der Finnen war seit jeher, daß sie ein Grenzvolk bildeten. So waren sie in unablässigen Kriegen der Jankapfel zwischen den beiden mächtigeren Nachbarn, und immer wieder wurden auf ihrem Boden blutige Kämpfe ausgefochten. Es lag auch in der natürlichen geschichtlichen Entwicklung, daß Finnland, längst mit der schwedischen Herrschaft ausgefüllt, schließlich an Rußland überging, das im Laufe der Jahrhunderte außerordentlich erstarkt war und den einst mächtigeren schwedischen Nachbar an Macht und Volksreichthum weit überflügelte hat. Stammesverwandte sind freilich die Finnen so wenig mit den Russen wie mit den Schweden; sie gehören dem uraltaischen Völkersystem an, aus dem in Europa neben den Finnen nur noch die Ungarn und die Türken hervorgegangen sind. Die finnische Sprache weist dann auch nur an die Idiome dieser beiden Völker Anklänge auf. Als in der Zeit der Völkerwanderung die Vorfahren der heutigen Finnen weit aus dem Südosten quer durch das heutige Rußland zogen, um sich auf der Landenge zwischen dem Ladogasee und dem finnischen Meerbusen festzusetzen, lebte in dieser Gegend vermutlich ein gotischer Stamm, der aber von den Einwanderern verdrängt wurde. Allmählich breiteten sich diese Einwanderer am Ufer des finnischen Meerbusens aus, bis sie schließlich das ganze Land besetzt hatten. Auch auf der Südseite des finnischen Meerbusens legten sich finnische Stämme fest, die Esten, Liven und Kuren. Diese sind jedoch im Laufe der Jahrhunderte in härterer Weise als die Finnen nördlich des Meerbusens mit slavischen Volksteilen in Verbindung gekommen, so daß auch deren Sprache eine vom finnischen wesentlich abweichende Entwicklung durchgemacht hat. Daß die Finnen durch anderthalb Jahrtausende hindurch ihre völkische Eigenart fast unverfälscht haben bewahren können, das ist hauptsächlich dem Umstand zuzuschreiben, daß ihr Wohnsitz als das nördlichste aller Kulturländer der Erde landschaftlich in sich abgeschlossen und so überaus entlegen ist. Ihre staatlichen Einrichtungen waren während der ersten Jahrhunderte noch sehr primitiv, und wenn schwedische Könige auch schon im 9. und 10. Jahrhundert Eroberungszüge nach Finnland unternommen haben wollen, so ist doch geschichtlich nicht erwiesen, daß Schweden zu so früher Zeit bereits die Herrschaft im Lande gehabt habe. Erst um die Mitte des 12. Jahrhunderts eroberte König Erik der Heilige den südwestlichen Teil Finnlands und erbaute zum Schutze des eroberten Gebietes das Schloß Åbo. Es war ein Kreuzzug, den der schwedische Herrscher unternommen hatte; er blieb aber ergebnislos, und erst ein Jahrhundert später konnte das Christentum in Finnland festen Fuß fassen. Es war der schwedische Reichsverweser Birger Jarl, der die Finnen endgültig unterwarf. Die Schweden behandelten Finnland milde und läßt dort die gleichen, freien und vollstämmlichen Einrichtungen ein, wie sie in Schweden schon herrschten. Um die Mitte des 14. Jahrhunderts konnten die Finnen sogar an der Wahl der schwedischen Könige teilnehmen. Ein einheimischer Adel entstand, und die Bischöfe waren Finnen. Der bedeutendste unter ihnen war Magnus Olaf Raiwast (1412—1450), zu dessen Zeit die katholische Kirche in Finnland ihre ganze Macht und Pracht entfaltete. Unter Gustav Wasas Regierung (1523—1560) wurde in Finnland die Reformation eingeführt; unter Gustav Adolf kämpften Schweden und Finnen auf Deutschlands Schlachtfeldern. Dann kamen für Finnland auf lange hinaus schwere Leidenszeiten, die Kämpfe zwischen Schweden und Russen, die nach zahlreichen Kriegen und blutigen Schlachten, wobei Finnland mehrfach den Wechsellager wechselte, im Jahre 1809 zum endgültigen Übergang des Großfürstentums Finnland an Rußland führten.

Wie die Klassiker entlohnt wurden.

Es ist noch nicht so lange her, daß das Wort von der drohenden Kunst auch ins Auge auf Dichter und Literaten seine Geltung hatte, und erst die neueste Zeit hatte in dieser Hinsicht Wandel geschaffen. Man weiß, daß unsere beliebtesten Erzähler allein für den Erstabdruck ihrer Romane von den großen Zeitungen und Zeitschriften Honorare bezogen, die tief in die Bestenliste gehen, und selbst ein mäßig beliebter Autor vermag sich, sofern er etwa in geschäftlichen Dingen nicht gar zu weilscham ist, von seiner Feder recht

auskömmlich und standesgemäß zu ernähren. Wie alles, so ist eben in unseren Tagen mit seinem weit entwickelten Verlagswesen auch der Marktwert der Literatur ganz außerordentlich gestiegen; würden die Dichter, die vor hundert Jahren gelebt haben, heute wieder unter uns erscheinen, sie würden nicht wenig erstaunt sein über die Entlohnung, die in unseren Tagen der geistig Schaffende findet. Noch ungleich schlechter waren die Schriftsteller früherer Jahrhunderte daran. In Luthers Zeiten galt ein Honorar von sechs Groschen für den Druckbogen als höchst anständige Bezahlung. Doch bot im Jahre 1779 seine Homerübersetzung für zwei Taler das Exemplar zur Subskription an, weil ihm kein Verleger drei Taler für den Druckbogen bezahlte. Klopstock erhielt für die ersten Gesänge seines „Messias“ nur zwei, für die letzten, nachdem der Anfang des Epos großen Erfolg gehabt hatte, zwölf Taler für jeden Druckbogen. Schiller und Goethe waren die einzigen deutschen Dichter, die schon damals von ihrem Verleger Cotta ein für jene Zeiten fürstliches Honorar erhielten. So erhielten Schillers Erben von Cotta für das Verlagsrecht sämtlicher Werke des Dichters die Summe von 100 000 Talern ausgezahlt, während Goethe und seine Erben von dem gleichen Verleger nahezu 800 000 Taler an Honoraren bezogen. Bessere Honorare als in Deutschland wurden in früheren Zeiten in England den bedeutenden und beliebten Dichtern bezahlt. So hatte Shakespeares, als er auf der Höhe seines Ruhmes stand, ein Jahreseinkommen von etwa 400 Pfund Sterling, also 8000 Mark, eine Summe, die aber damals die gleiche Kaufkraft besaß, wie in unseren Tagen 80 000 Mark. Während Milton sich für jeden Druckbogen seines „Verlorenen Paradieses“ mit fünf Pfund begnügen mußte, brachte Gibbon seine Römische Geschichte nicht weniger als 30 000 Pfund ein. Lord Byron bezog innerhalb von fünf Jahren von seinem Verleger Murray 16 000 Pfund. Getadelt königliche Honorare aber wurden Lord Beaconsfield und Alfred Tennyson zuteil. Von englischen Tageschriftstellern ist in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wohl Stanley am besten bezahlt worden, dessen afrikanische Reisebeschreibungen einen der größten buchhändlerischen Erfolge des vorigen Jahrhunderts gebildet haben. Unsummen verdient auch Aubrey de Kipling; Theodor Roosevelt hatte es dank der Bombenteufeln, die er für sich zu machen wußte, fertiggebracht, daß der Verlag des „Outlook“, an dem er nach der Rückkehr von seinem afrikanischen Jagdexpedition Redakteur wurde, ihm einen Dollar Honorar für jede Zeile zahlte. Auch Eugene Sue, der um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Frankreich geradezu verhängungsweltberühmter, bezog für die Veröffentlichung seiner Romane in der Pariser Presse ein Zeilenhonorar von 1 Frank. Sue nutzte diese Honorarvereinbarung in gereifener Weise aus, indem er seine Figuren andauernd in ganz kurzen, abgehackten Redewendungen sprechen ließ, dertat, daß zahlreiche Zeilen nur ein oder zwei Worte, oder gar nur ein Fragezeichen oder irgendeinen einsilbigen Ausruf enthielten. Dem Verleger wurde das schließlich zu bunt, und er ließ diese einsilbigen Sätze fortlaufen lassen, ohne sie, wie der Dichter vorgeschrieben hatte, eine neue Zeile zu beginnen. Dagegen sträubte sich wieder der Dichter, und als ihm das nichts nützte, griff er zur Selbsthilfe, indem er die Zeitung mit den Fortsetzungen des bereits im Erscheinen begriffenen Romans, der noch nicht fertiggestellt war, warten ließ und so in größte Verlegenheit brachte. Schließlich kam dann doch eine Einigung zustande.

Bundesrat, Nationalrat und Ständerat.

Während wir in Deutschland unter dem Bundesrat eine Körperschaft verstehen, wird in der Schweiz das Wort, ebenso wie Nationalrat und Ständerat, auch für ein einzelnes Mitglied einer solchen Behörde gebraucht. Da im Anschluß an den Rücktritt des Bundesrats Dr. Arthur Hoffmann diese Namen jetzt häufig gebraucht werden, dürfte manchem Zeitungsleser eine Erklärung der der Schweiz eigentümlichen Verfassungseinrichtungen erwünscht sein. Die Schweiz, die früher ein eigenständiger Staatenbund, b. h. eine Vereinigung selbständiger Republiken war, wurde 1848 in einen Bundesstaat umgewandelt. Die 25 Einzelstaaten oder Kantone sind aber insoweit souverän geblieben, als ihre Selbstbestimmtheit nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist. Politische Bündnisse zwischen den Kantonen sind verboten und nur dem Bunde steht das Recht zu, Bündnisse und Staatsverträge mit dem Ausland einzugehen, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Die oberste Gewalt wird durch die Bundes-

versammlung ausgeübt, die aus zwei Kammern, dem Nationalrat und dem Ständerat, besteht. Der Nationalrat vertritt die Nation und wird aus Abgeordneten des Schweizer Volkes in direkter Wahl gebildet. Auf je 20 000 Einwohner entfällt ein Mitglied, so daß bei einer Bevölkerung von 3 781 000 der Nationalrat jetzt aus 189 Mitgliedern besteht, die auf 3 Jahre gewählt sind. Der Ständerat vertritt dagegen die eidgenössischen Stände, d. h. die Kantone, und besteht aus 44 Abgeordneten, d. h. je zwei aus jedem Kanton und je einem aus jedem Halbkanon. In einzelnen Kantonen wählt die gelegende Behörde (Kantonrat, Großer Rat), in den übrigen das Volk die Mitglieder des Ständerats. Beide Kammern beraten getrennt. Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse sind nur gültig, wenn beide Körperschaften ihre Zustimmung gegeben haben.

Dem Volk ist noch insoweit ein direkter Anteil an den Arbeiten der Gesetzgebung gewährt, als eine Abstimmung des ganzen Landes über Gesetzentwürfe verlangen kann. Wenn 50 000 Schweizer Bürger durch ihre Unterschrift einen Gesetzentwurf beantragen, so muß dieser zur allgemeinen Abstimmung (Referendum) gebracht werden. Handelt es sich um einen dem Parlament bereits vorliegenden Bundesbeschlusse oder Bundesgesetzentwurf, so genügen schon 30 000 Unterschriften oder die Forderung von 8 Kantonen.

Der Bundesrat ist die oberste leitende und vollziehende Behörde, also die Regierung, die aus sieben Mitgliedern besteht, aber jetzt auf neun erweitert werden soll. Die einzelnen Mitglieder, die wir als Minister bezeichnen würden, aber dort Bundesräte heißen, werden von der Bundesversammlung in gemeinsamer Sitzung gewählt. An der Spitze stehen der Bundespräsident und der Vizepräsident, die auf je ein Jahr gewählt werden. Jedes Mitglied hat ein besonderes Departement, doch geht die jeweilige Entscheidung stets vom Bundesrat als der Gesamtbehörde aus.

Alkohol als Anreizmittel für eierlegende Hühner.

Ein französischer Geflügelzüchter berichtet in einer Fachzeitschrift, daß Hühner, denen man Wein verabreicht, eine ganz besonders große Anzahl von Eiern legen. Zwölf je 16 Monate alte Hennen wurden in zwei Abteilungen geteilt, von denen erster jedes Tier morgens 60 Gramm Körnerfutter, mittags 100 Gramm gekochte Kartoffeln, abends 50 Gramm Brot, dazu Griesfutter nach Belieben bekam. Die gleiche Fütterung wurde den Hennen der zweiten Abteilung gereicht, doch erhielten diese noch je 100 Gramm Wein täglich. Das Getränk wurde ihnen mit Brot verabreicht, das mit dem Wein zusammen eine Art dicker Suppe bildete. Das Ergebnis war erstaunlich. Die Hennen der ersten Abteilung legten im Oktober je vier Eier, im November eins, im Dezember keins und im Januar 22. Die anderen acht Hühner, die ihre tägliche Weinration erhalten hatten, legten hingegen je 28 Eier im Oktober, 57 im November, 44 im Dezember und 48 im Januar, übertrafen somit ihre enthaltlosen Schwestern um 148 Eier. Das gleiche Experiment wurde darauf mit zwei Hühnerarten, von nur 26 Monate alten Tieren mit dem gleichen Ergebnis wiederholt.

Notizen.

— Wanderung einer Infanteriekompanie in ein Kesselfeld. Am 25. Oktober des vorigen Jahres wurde ein Artillerist mit einem Vorkesselfeld im Lazarett eingeliefert; am 2. November traten starke Atembeschwerden und Lungenbeschwerden auf, man dachte an Lungenentzündung, deren Symptome schritten fort, und am 14. November trat der Tod des Mannes ein, der zur Leichenöffnung eingeliefert wurde. Das Ergebnis der Untersuchung war nun, daß in der rechten Herzlamina ein ruffischer Infanteriegeschloß steckte, das freibeweglich an der Rückenwand lag. Jegendeine Verletzung oder Veranbarung war an den Herzmuskeln nicht aufzufinden, und die Untersuchung des übrigen Körpers bewies, daß das Geschloß durch den Blutkreislauf in das Herz geschleppt worden war. Der Einschluß lag auf der rechten Rückenfläche oberhalb der Darmbeinschäufel; das Geschloß war in die untere Hohlvene gelangt, die eine linsenförmige Öffnung auf einer Seite zeigte. Offenbar war die Wand des Geschloßes nur gering gemessen, denn die andere Wandung dieser Ader war unversehrt. Dann muß das Geschloß mit dem Blutstrom durch den rechten Vorhof des Herzens in die rechte Kammer gespült worden sein, und hier war es hängen geblieben.

— Die Warschauer Hochschule soll im Oktober wieder eröffnet werden. Alle früheren Studenten müssen sich neu immatrikulieren lassen.

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

Von Dreyß! dachte Anders. Ja, da waren sie ja gerecht. Aber obwohl es in Wirklichkeit nur wenige Meilen bis Dreyß war, wurde für sein Denken doch daraus eine Art von Paradies außerhalb der Welt. Sonst war also die ganze Welt ein einziges großes Nihil der Ungerechtigkeit. Es war so beängstigend, daß nur sein Vater eine Ausnahme machte. Denn wenn er nun den Glauben an den verlore! — Anders schien es wohl wiederum, als sähe er gleichsam zu allererst ein Stück blauen Himmels. Doch die Vorstellung glitt gleich wieder weg, ohne daß er sich eigentlich etwas dabei gedacht hätte.

Im Lauf des Nachmittags hatte Per Hjarmsted seine Handelsgeschäfte „weiter im Osten“ abgeschlossen und hielt nun wieder mit dem Wagen an der Wahlstelle. — Die Wahl war zu Ende und die zwei Krugelunder Männer kamen wieder zum Mitfahren auf den Wagen. Sie waren ein wenig angekränkt und überaus geistreich.

„Ja, wir haben ja trotzdem für den Rechtskandidaten gestimmt,“ räumte Jens Svam ein.

„Ja, das habe ich mir wohl denken können,“ sagte Per Hjarmsted. „Ihr wäret ja wert, daß ich euch alle beide vom Wagen runterschmeiße.“

„Gewiß, das ist ja so verständlich. Aber — äh — Leysen, der hat uns so im allgemeinen darum, und da — da haben wir ja auch an das gedacht, was Du uns gesagt hattest, Pier, — daß es sich gleich bleibe.“ —

„Ihr solltet ja doch nach eurer Ueberzeugung stimmen.“

„Ah, das sollten wir ja auch — aber — äh — als es darauf ankam, da hatten wir ja keine Ueberzeugung, und Leysen, der kann uns nun später doch ein ganz Teil anhaben, wenn er sich mal in den Kopf setzt.“

„Dann könnt ihr ihm wohl später auch was anhaben.“

„Ach, mit dem Kriegswesen ist das nicht so leicht.“

„Nein, aber auf dem Raden könnt ihr ihn euch alle herumtanzen lassen; dann seid ihr sicher, daß kein Krieg daraus entsteht!“ —

Anders konnte es wohl leiden, seinen Vater so etwas sagen zu hören. Dann fühlte er sich sicherer in seinem Glauben an Pers Gerechtigkeit.

Der Langhof war in früherer Zeit ein kleiner Herrenhof gewesen. Doch nun war da nichts anderes, was daran erinnerte, als vermeintliche Spuren von Gräben um den Hof

herum, das unbehaltmäßig große Wirtschaftsgebäude, das mit seinen Giebeln weit über den Ost- und Westflügel hinausragte, und endlich ein paar mächtige Lindendämme, deren Wipfel ganz gewiß vom Winde weggeweht worden waren, deren Stämme und untere Zweige aber von mehrhundertjährigem Alter zeugten. Wenn man sie sah, mußte man an ein Haupt denken mit kahlem Schädel, aber mit kräftigem, buschigem Haarwuchs um Schläfen und Nacken.

Wing man zwischen diesen beiden Linden durch, so trat man gerade auf die Haupttür des Wohnhauses zu. Links war die Küche, rechts lagen die Stuben. — Nur eine „Stube“ war auf der linken Seite der Haustüre; das war Per Hjarmsteds „Kammer“. — Dieses Zimmer hatte nur eine Tür, und niemand durfte es betreten außer dem Mann und der Frau selber. Sie durfte eigentlich auch nicht eben viel mehr als es betreten. Durfte ganz und gar nicht an die Papiere oder Papierstücken rühren, die da bunt verstreut lagen, zusammen mit zerbrochenen Puffen, abgefallenen Matratzen, Pferdegeschirresten, Hartenzähnen, Lüderpslöden, angesammelten Gänse- und Hühnerfedern, Tauenden, Bindfadentresten und andern Kleinigkeiten, auf dem Tisch, auf Wandbreitern, auf der offenen Schatullklappe und auf Stühlen. Sie durfte den Fußboden reinmachen, aber an etwas anderes wurde sie nicht herangelassen da drinnen.

In den Stuben auf der anderen Seite des Ganges herrschte eine Ordnung, die man sogar einzuatmen schien, sie machte die Luft leicht; eine Reinlichkeit, die dem Eintretenden gleichsam zu Herzen ging, weil man fühlte, daß sie ein Bedürfnis der Seele war, ein angeborener innerlicher Drang bei dem Menschen, von dem sie ausging.

Nie wurde ein böses Wort zwischen Per Hjarmsted und seiner Frau gewechselt; aber von seiner Seite wurde unendlich viel Anlaß dazu gegeben.

Wenn ein Mann mit seinem Steden dasht und in einem Ameisenhaufen stochert, so sagen oder tun die Ameisen nichts, um es zu hindern. Aber mit unverdrossener Emsigkeit und Schnelligkeit bessern sie den Schaden aus, der angerichtet wird; bei jedem rückwärtslosen und zwecklosen Schlag oder Stoß, der mit dem Stod ausgeführt wird, versammeln sie sich auf der Unglücksstätte und bauen auf mit Fleiß und Kunstfertigkeit.

Wenn Per Hjarmsted zur Nachmittagsbesper vom Felde heimkam, konnte er schrecklich anschauen, besonders bei feuchter Witterung. Seine Holzschuhstiefel waren dann ganz bis zum Schafttrand hinauf mit Lehm bedeckt, daselbe war mit den Anien und den Hinterfüßen seiner Hosen der Fall.

Seine Hände waren schwarz und sein Gesicht feuchtglänzend vom Schweiß und Schlidertwetter; es war nicht viel mehr davon zu sehen als die kleinen, braunen Augen, die große, gebogene Nase und die etwas hervorstehenden Wadenknochen; der Rest war mit weiß-braunen Bartstoppeln oder langen, grauen Haarzotteln bedeckt. — Ohne sich irgendwie zu reinigen oder das Schuzeug zu wechseln, ging er nun in die Wohnstube hinein, wanderte auf seine seitlich unruhige, wolfsartige Weise in der Stube hin und her, so daß Lehm und Erde im ganzen Zimmer verstreut wurden und setzte sich dann, wenn der Kaffee kam, unten am Tische nieder, die Nähe im Raden. Er nahm seine kurze Holzspitze aus dem Mund und stellte sie in die Ecke der Ruhebank, streckte ein paar Stück braunen Zuckers in den Mund, beugte sich tief auf die Tischplatte nieder und schlürfte den Kaffee ein. Bei dieser Gelegenheit war er fast immer ganz stumm und seine Augen waren stier, der Ausdruck abwesend.

Wenn seine Frau den Kaffee vor ihn hingestellt hatte, drehte sie sich um und betrachtete den Fußboden, indem ihre dunkeln Augen langsam hin und her glitten unter dem Rande der halb niedergeschlagenen Augenlider, und dann konnte ihr klares Gesicht einen ganz erlauchten Ausdruck annehmen, trotzdem es durchaus kein neuer Anblick war, was sie sah, — aber der Ausdruck ihres Gesichtes war nun einmal immer ein wenig erstaunt. Dann ging sie, ohne ein Wort zu sagen, zur Tür hinaus und kam mit Rehrschäufel und Flebervisch zurück und schloß sich an, die Lehmklumpen und Schmutzlachen, die des Mannes Holzschuhe hinterlassen hatten, vom Boden zu beseitigen. — Und es kam vor, daß er dasah und ihr bei dieser ihrer Arbeit zuschaute; aber ob er eigentlich sah, was sie tat, war später zu entscheiden. Gewöhnlich sah er wohl, während er Kaffee trank, und dachte über seine Rechnungen nach, wie er sich denn auch gerne nach dem Kaffee auf seine „Kammer“ begab. — Aber nicht immer ging er sofort da hinein; manchmal konnte er seine Peise nehmen und am Bohnstübentisch sitzen und rauchen; dann spuckte er breit und gedankenvoll auf den Fußboden, von wo soeben die Spuren der Holzschuhe entfernt worden waren. — Manchmal wich das Verschleierte aus seinem Ausdruck, und er konnte erwachen. Doch es geschah nicht in der Art, daß er zur Erkenntnis des Unpassenden gelangte, das in seiner Aufführung lag; dieser oder jener bemerkenswerte Zug aus seinem letzten Handel mochte ihm eingefallen sein und er konnte seiner Frau davon erzählen — wie sie da so auf dem Fußboden lag — in sachlich interessiertem und auch überaus freundlichem Tone.

(Fortf. folgt.)

Sozialdemokrat. Verein für Berlin VI

(Sozialdemokratische Partei Deutschlands.)
Heute Donnerstag, den 19. Juli 1917, abends 8 Uhr.
in den Französischen Fest-Sälen, Badstraße 19:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
Der Parteitag in Würzburg. Referent: Reichstags-
abgeordneter Robert Schmidt.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Kollegiales Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.
229/20* Der Vorstand.

Verkäufe

Elegante weiße Glockenröde
24, Taströde, Seidenkleider,
Seidenblusen, Wolleblusen 14, —
Große Stunsgarnituren 15, —
Stunskasse 15, —, Kleinfasche
45, —, 95, —, Kleinfasche
125, —, Stunsmarmel-Garnituren
75, — verkauft Aabeli,
Fehlingstr. 28, eine Treppe,
(Welleue). 63/20

Belgarnituren! Stunskasse!
Stunsmarmel! Buchgarnituren!
Anerkennung! Neue Herren-
garderobe! Uhrenverkauf!
Schmuckstücke! Silberarbeiten!
Baubilder! Leibhaus! Bar-
schauer Straße 7. 1612*

Universal-Briefsteller 3,50
Wart, Buchhandlung Bornworts,
Lindenstraße 3 (Laden). 229/20*

Teppich-Thomas, Oranien-
str. 44 (vorbillig farbige Teppiche,
Teppiche, Gardinen, Bornworts-
lecken 5 Prozent Extrarabatt.
229/20*

Lieferwagen, Klappspori-
wagen, Holzräder, alle Repara-
turen an Kinderwagen, Korb-
macher Weidlich, Brunnen-
straße 96. 228/20*

Krausenstücke aller Art, auch
Selbstfabrik. Schmollberg,
Fogelbergstraße 16. 2017*

Seidenjacke, hochmodern, Co-
vercoat 45, Kostüm 25, Glocken-
röde, Mäntel 8, Gümpelstraße 25,
vorn hochparterre links. (5157)

Verkäufe

Roedel-Verkauf, Moritzplatz 58,
Fabrikgebäude. Spezialität:
Ein- und Zweizimmer-Ein-
richtungen. Größte Auswahl,
niedrigste Preise. Besichtigung
8 1/2—7. 257*

Rödelverkauf! Kleider-
schränke, Bettstufen, Blüschlofen,
Truhen, Bettstellen, Dach-
tischplatten, Kücheneinrichtung,
ganze Wirtschaften und Nach-
lässe verkauft höchstbillig Böder,
Prinzenstraße 71. (Moritzplatz
1078). 229/20*

Gelegenheitskäufe. Eichen-
Speckzimmer, moderne Form,
Bücher mit reicher Kritik-
verglasung, komplett 1283,
Herrenzimmer, entsandend 960,
Schlafzimmer, flammig, 1550.
Besichtigung sehr loben-
dend. Möbelhaus Oden, nur
Andreasstraße 30. 168R

Musikinstrumente
Pianos, günstige Gelegen-
heiten, 250,00 aufwärts,
Mängel 175,00 aufwärts.
Krieger, Neue Königsstr. 31
(Meranberplatz). 233/15

Gebrauchte, beschlagene
freie Seltstoffe bis 26 Pfennig,
Weinstoffe bis 4 Pfennig sowie
alle anderen Sorten gebrauchte
und neue Korke, jeden Posten,
Edallplatten und -wägen verkauft
Matthaus, Berlin, Alte Leib-
nizstraße 21. 123R

Platinabfälle, Gramm bis
7,70! Jaggefälle! Schmuck-
stücke! Ketten! Ringe! Mi-
llitärreife! Silberarbeiten!
Silberarbeiten! höchstbillig, Silber-
schmelzerei, Metall-Einlaufs-
bureau, Webersstraße 31. Tele-
phon Alexander 4243. 261*

Schallplatten, abgeplattete, so-
wie zerbrochene, verkauft und
tauscht jedes Quantum, Russ-
haus, Große Frankfurter
Straße 110. 242R*

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am
Stadtbad.
Behandl. von Syphilis, Haut-
Garn, Fransenflecken, Wez-
dron, Hülle, Eitelflecken, Sten-
sen, schmerzlose, kürzeste Be-
handlung ohne Berufsstörung.
Blutuntersuchung. Näh. Preis-
Zeichnung. Sprechstunden 10
bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.
Ruhhühnerzucht. Ein Buch
für Anfänger. Mit zahlreichen
Illustrationen. Statt 1 Mark
nur 50 Pfennig. Buchhand-
lung Bornworts, Lindenstraße 3
(Laden).

Unreines Blut

Zur Ausscheidung all. scharfen
und kranken Stoffe aus
Blut und Säften, gegen Blut-
verdickung, Blutandrang,
rotes Gesicht, Hautunreinig-
keiten ist mein **Blutrein-
igungspulver Salaria**
seit über 25 Jahren wirksam
erprobt. Versand d. Nach-
nahme: **Otto Reichel**,
Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.
Für Bänderfahrten empfeh-
len wir eine Anzahl Bänder-
arten zu verabschiedeten Frei-
en. Buchhandlung Bornworts,
Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Mohrenstraße 37a
(Kolonnaden)
H. Gr. Frankfurter Str. 112
(nahe Alexanderstr.)
Auswahlsammlungen sofort.
Ami Zentrum 790.
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.
Briefmarkensammlung kauft
Repler, Luisenpark Straße 52.
26415*

Nerven- und Stoffwechselliden

insbesondere Nervenleiden, Übererregung, Schicht und
Rheumatismus, Juckreiz, Magen- und Darm-
leiden, Herz-, Leber- und Nierenkrankheiten, Blutmangel,
Frauenleiden, Schwächezustände, Hautleiden werden mit
vortrefflichem Erfolge nach besonderem Verfahren ohne
jede Berührung behandelt.
Kurze Kurdauer.
Kombi. Sauerstoffkuren. — Künstl. Höhensonne.
Sprechstunden 9—10 1/2, 3—4 1/2, Sonntag 10—11.
Ausführliche Prospekt kostenlos.
Sanitätsrat Dr. Weise's Ambulatorium,
Berlin 117, Wilhelmstr. 94-96.

Dreher

Schlosser
Einrichter
Maschinenarbeiter
Maschinenarbeiterinnen
Transportarbeiter
Klempner
sodort gesucht.
Maschinenfabrik Neukölln
G. m. b. H., (5159)*
Neukölln, Bergstraße 104.

Bauarbeiter

u. Arbeiterinnen
gesucht. 63/18*
Werbung bei **Volter Schmidt**,
Neubauten Albatros,
Friedrichshagen,
Bergstraße 104.

Zuschläger

und
Stadgesellen
Schulz & Holdeffleß,
Frenn-
str. 13.

Photographie.

Kopierer, Laboranten,
Assistenten
erhalten sofort Anstellung.
Werbungen von 1/2—10, 12 bis
1/2 und 6—7 Uhr.
A. Wertheim,
Königsstr. 31/32. 157R

Tüchtige Einrichter

für Renoblerarbeiten für sofort
verlangt. 29786*
Gebr. Dietmann,
Ringbahnstr. 4.

Uhrmacher

auf Heeresarbeit
verlangt **Tachometerbau**
Lehmann & Co., Oranien-
straße 107. 22905*

Geübte Schweißerinnen

auf Flugzeugteile sofort gesucht.
Flugzeugwerke Richard Goetze, Berlin-Treptow,
Elsenstr. 106/7.

Junge Burshen und Kaufmädchen

werden sofort eingestellt. Zu melden bei 203/19
Boswau & Knauer G. m. b. H.
Berlin W 8, Mohrenstraße 49.

Tüchtige Bahnpacker

sucht 187K
Zigarettenfabrik Garbáty,
Pankow, Hadlichstraße.

Wir suchen für dauernde Beschäftigung f. unseren Betrieb

angelernte Arbeiter u. Platzarbeiter sowie Frauen
in größerer Zahl; ferner
Heizer, Schlosser, Dreher, Maschinen-
arbeiter, Maurer, Zimmerer, 10 Böttcher
und 5 Elektromonteur.

Arbeitsuchende wollen sich schriftl. od. mündl. wenden an
Arbeiter-Annahmestelle Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofstraße 22.

Tüchtige Maschinenschlosser

stellt sofort ein 51372*
Loeb & Co. G. m. b. H.,
Berlin - Hohenschönhausen, Goeckestraße.

Tüchtige Dreher

für Spindeldrehbänke,
Schlosser u. Selbständige
Ankerwickler
für Gleich- und Drehstrom-Motoren werden verlangt.
Ehrlich & Graetz,
Berlin SO 36, Eisenstraße 90—94.

2 tüchtige Werkzeugschlosser

die zugleich Einrichtung d. Drehbänke verstehen,
sowie
20 bis 30 Schlosser
für Flugzeugteilarbeit gesucht. [231/16*
Flugzeugwerke Richard Goetze, Berlin-Treptow,
Elsenstr. 106/7.

Spizendreher,

geübte, möglichst militärfrei,
auch kriegsbeschädigt, sucht 29635*
Stock Motorflug, Göttinger
Str. 48/49.

Weibliches Hilfspersonal

für die Zigarettenindustrie wird eingestellt. 1292*
Zigarettenfabrik Garbáty
Pankow, Hadlichstraße.

Tüchtige Arbeiterinnen

werden eingestellt. Werbungen im 3008*
Einstellbureau Berlin O 17, Ehrenbergstraße.
Auergesellschaft.

Weibliche Arbeitskräfte

für dauernd gesucht. Insbesondere:
Packerinnen,
Banderolierinnen,
Tabaksortierinnen,
Kartonnagenmacherinnen,
Maschinen-Hilfsmädchen,
auch ungeübte Mädchen werden angelernt.
Manoli-Zigarettenfabrik
Berlin SO 16, Rungestraße 22/24
Manolihaus. 2500L*

Kohlenarbeiter

werden sofort eingestellt. Werbungen: 3008*
Einstellungsbureau Ehrenbergstraße.
Auergesellschaft, O. 34.

Bandsägenschnneider,

Ubrichter und Präfer
für Holzbearbeitungsmaschine sofort gesucht. 221/18*
Flugzeugwerke Richard Goetze,
Johannisdal, Ringplatz, Eingang 6a.

Metallschleifer

sucht 64/14
Berliner Metallwarenfabrik
H. A. Jüst & Co. A.-G.,
Adlershof.
Jahreslohn 163/12*
Brauerei, Lichterfeldestr. 11/17.

Figurenschneider

Kußeinsetzer
Fertigmacher
Vorrichter
Bohrerinnen
stellen sofort ein 64/19
Oskar Köhler A.-G.
Greifswalder Str. 155/156.

Zuschneider (=in)

geübt in maschinell. Zuschneiden
von Militär- und Ausrüstungs-
stücken u. Arbeiterkonfektion
sofort gesucht. 277/2
Persönl. Vorstellung 12—2.
L. Jac. Mendelsohn & Co.,
C. Dirdenstr. 47.

Maurer

Bauarbeiter
Bauarbeiterinnen
werden sofort eingestellt Neubau
der Sprengstoffabrik Böberth.
Werbungen Bauarbeiter Nicht,
Baubureau auf der Baustelle,
oder Berlin, Säulowstraße 90,
Kriegsgesellschaft für Bau-
ausführungen.
Tüchtige
Seizungshelfer
stellen ein [51602*
Rietschel & Henneberg
G. m. b. H.,
Berlin S 42, Brandenburgerstr. 81.

Arbeiterinnen

kräftige, z. Kohlenprosa,
Löterinnen
für Zinkhüllen, 64/15*
Löterinnen
für Batterien, sucht
Batterie-
Fabrik **Zeiler**
Rungestraße 20.

Verkäuferin

für Nähgerätee sofort verlangt.
— **Boswau**, Uplandstraße 104.

Arbeiterinnen

kräftige, z. Kohlenprosa,
Löterinnen
für Zinkhüllen, 64/15*
Löterinnen
für Batterien, sucht
Batterie-
Fabrik **Zeiler**
Rungestraße 20.